

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 1,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postgebühren u. um 72 Pfg. Postbestellgebühren. Zustellabonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Jahrbuch Sozialer Welt“ und „Jahrbuch Sozialer Welt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonntagabend
6. Dezember 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Rotverurteilung des Pöbels, die dem Arbeiter und dem Kleinrentner das einzige Recht, das er hat, zu nehmen, ist ein Verbrechen, das nicht nur die Arbeiter und Kleinrentner, sondern die gesamte deutsche Bevölkerung angeht. Die Sozialdemokratie trägt die Verantwortung für den Bestand des republikanischen Staates, sondern mit dem Staatsgedanken verbindet die Sozialdemokratie unlösbar die Sorge um das Schicksal des arbeitenden Volkes.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbezugskonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. O. u. D. G.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 63-65.

Das heilige Eigentum.

Sozialismus „Rührmichnichtan“.

Das Bekenntnis, das der nationalsozialistische Theoretiker Dr. Feder am Donnerstag im Reichstag ablegte, „Uns kann man keine sozialistischen Tendenzen unterstellen“, verdient größte Beachtung. Denn in der Arbeiterkategorie agitiert die Nationalsozialisten nach heute so, als ob gegenüber der Sozialdemokratie sie die wirklichen und wahren Sozialisten wären. So liest man z. B. — ein Zitat unter Dutzenden — im „Völkischen Beobachter“ vom Freitag, dem 5. Dezember, wörtlich:

„Herr Hörsing behauptet, das Reichsbanner sei keine sozialistische Kampftruppe, nun, die SA ist die Kampftruppe für den deutschen Sozialismus.“

Goebbels hat sich in Berlin vor einiger Zeit folgendermaßen geäußert:

„Betragen von dem Glauben deutscher Nationalisten und Sozialisten, hingebungslos gepriesen von dem revolutionären Elan des deutschen Arbeitertums, steigt die nationalsozialistische Bewegung in unaufhaltsamem Siegeszug in die Millionenjahre hinein.“

Derselbe Goebbels wehrte sich jüngst dagegen, daß die Hugenberg-Presse die nationalsozialistischen Erfolge in Bremen und anderwärts als „bürgerliche Wahlsiege“ reklamieren, denn die Nationalsozialisten hätten „mit dem stinkenden Misthaufen der bürgerlichen Parteien“ nicht das mindeste gemein.

Das klingt alles sehr antibürgerlich und revolutionär. Aber man verleihe dem Bekenntnis des Herrn Feder, wonach die Nationalsozialisten unverbrüchlich auf dem Boden des Privateigentums stehen, wobei sogar — trotz des Beschlusses gegen die „Bank- und Börsenfürsten“ — ausdrücklich auch dem Privatbankier gesellschaftliche Bedeutung und Schutz im Dritten Reich zugesagt wird.

Dieses doppelzüngige Wortspiel um den Sozialismus ist keineswegs neu. In ihrem von Feder verfaßten Programm von 1920, das als „unabänderlich“ bezeichnet wird, haben die Nationalsozialisten auch einen § 17, der von Grund und Boden handelt. In diesem § 17 wird die entschädigungslose Enteignung von Grund und Boden für gemeinnützige Zwecke als ein Ziel des Nationalsozialismus erklärt. Aber trotz der „Unabänderlichkeit“ des Programms ist dieser Punkt tatsächlich längst aufgehoben worden. Seit Jahr und Tag erscheint das Feder'sche Programm nur noch mit einer Fußnote zum § 17, in der Hitler persönlich eine „authentische Auslegung“ der Enteignungsforderung gibt. Und siehe da, Herr Hitler erklärt zur Beruhigung seines ländlichen Anhanges, daß die Nationalsozialistische Partei fest auf dem Boden des Privateigentums, namentlich auch des Privateigentums an Grund und Boden stehe. Die Enteignung beziehe sich nur auf ganz seltene Einzelfälle, auf „jüdische Grundstückspekulationsgesellschaften“ und dergleichen!

So läßt sich das ganze „sozialistische“ Programm Hitlers und Feders in Dinst auf, wo man irgendeinen Punkt unter die kritische Lupe nimmt. Sozialismus unter Beibehaltung des Privateigentums ist nämlich ungefähr dasselbe, wie Abschaffung der Todesstrafe unter Beibehaltung der Hinrichtung. Der angebliche Sozialismus der Nazis verliert sich in Maßnahmen gegen einzelne „Wucherer“, mit welchem Wort so etwa an die Vorstellungswelt der Schundromaneleser appelliert wird. Dem wirklichen Wucher, der unter dem Kapitalismus im großen getrieben wird, dem Lohnwucher, Mietwucher, Brotwucher usw. geht der Nationalismus in keiner Weise zu Leibe, denn er beschützt ja seine Quelle, das Privateigentum.

Vom Standpunkt des Kapitalismus aus gesehen ist der nationale Sozialismus ein „Sozialismus rühr mich nicht an“. Er wäscht dem Privateigentum den Fels, ohne ihn nah zu machen, er erfindet die Quadratur des Kreises! Während man sich bisher sowohl auf sozialistischer wie auf kapitalistischer Seite wenigstens über die eine Grundtatsache im klaren war, daß nämlich der Sozialismus und das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbare Gegensätze sind, daß also ein Wachsen des Sozialismus sich nur durch Einschränkung des Eigentums (sei es dem Begriff, sei es der Substanz nach) vollziehen kann, bekommt die nationalsozialistische Demagogie fertig, im gleichen Atemzuge dem Kapitalisten die Erhaltung seines Eigentums, dem Arbeiter einen angeblichen Sozialismus zu versprechen.

Es kann gar kein Zweifel sein, daß bei diesem Doppelspiel einzig und allein die Arbeiter die Betroge-

Kampf den Faschisten!

Die Sozialdemokratie stimmt gegen die Aufhebung der Notverordnung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Freitagabend nach eingehender Aussprache die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning abzulehnen und gegen die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember zu stimmen.

Die Freitagssitzung des Reichstags hat noch einmal mit besonderer Eindringlichkeit den Ernst der politischen Lage gezeigt, in der sich Deutschland zur Zeit befindet. Mit dem endgültigen Ausscheiden des Justizministers Bredt aus der Reichsregierung hat sich das Fähnlein der Wirtschaftspartei vorbehaltlos dem Heerhaufen der Nationalsozialisten angeschlossen. Die Existenz dieser Partei der rücksichtslosesten Selbstinteressen ist an sich schon eine politische Groteske, die sich bisher noch in keinem anderen Kulturlande der Welt wiederholt hat. Die Vorgänge aber, die sich an ihr Ausscheiden aus dem Regierungslager knüpfen, hat die Wirtschaftspartei vollends der Lächerlichkeit ausgeliefert. So war es nur selbstverständlich, daß die moralische Ohrfeige, die Reichskanzler Brüning dieser Partei am Freitag zu Beginn seiner Ausführungen gab, fast vom ganzen Hause als wohlverdient angesehen wurde.

Dieses tragikomische Zwischenspiel darf aber nicht über die wirkliche Situation täuschen. In zwei Punkten wird Herr Dr. Brüning unbedingt zugestimmen sein: daß einmal die Ordnung der öffentlichen Finanzen die Voraussetzung für alle sozialen und wirtschaftlichen Leistungen ist und zum anderen die Parteien bei ihrer Entscheidung am Sonntagabend eine außerordentlich schwere Verantwortung zu tragen haben.

Die Verantwortung wofür? Die bürgerlichen Parteien mögen unter dieser Verantwortung das Eintreten für den Staat meinen, wie sie ihn sich denken. Die Sozialdemokratie trägt die Verantwortung nicht allein für den Bestand des republikanischen Staates, sondern mit dem Staatsgedanken verbindet die Sozialdemokratie unlösbar die Sorge um das Schicksal des arbeitenden Volkes.

Der neue nationalsozialistische Block, der sich aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Wirtschaftspartei zusammensetzt, verkörpert politisch, sozialpolitisch und wirtschaftlich die nackte Reaktion. Ihn zur Macht kommen zu lassen, würde nicht nur den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeuten, sondern auch die restlose Beseitigung aller Rechte, die sich die arbeitende Klasse in jahrzehntelangen opfervollen Kämpfen erobert hat. Es geht um die Erhaltung der Kaufkraft des deutschen Proletariats. Es gilt aber zugleich auch, die Voraussetzungen für einen weiteren Aufstieg zu schaffen, dessen Ziel die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist und bleibt.

Aus diesen Erwägungen heraus ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Freitag zu dem Entschluß gekommen, die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning abzulehnen und gegen die Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember zu stimmen. Was sie im Interesse des arbeitenden Volkes an Änderungen an dieser Notverordnung für erforderlich hält, wird sie mit allen Mitteln auf dem Wege der Initiativegesetzgebung durchzuführen versuchen. Die erforderlichen Anträge sind dem Reichstag bereits zugegangen.

Abstrafung der Hafent Kreuzler.

Schneidige Angriffsrede des Genossen Lisse im Reichstag.

Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ergriß am Freitag in der fortgesetzten Statedebatte Abg. Lisse-Berlin das Wort. Es kam Leben ins Haus, als er das Wort nahm. Er warf zunächst den Kommunisten vor, daß sie mißgünstig seien an den Nötkunden in der Arbeitslosenversicherung. Die Kommunisten hätten vor einem Jahre gemeinsam mit den kapitalistischen Parteien die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung niedergestimmt. Nicht zuletzt dadurch sei Deutschland in die Finanznot hineingeraten, die dem Reichkanzler den Kalkül zur Anwendung des Artikels 48 gebe. Rußland könne für die deutschen Arbeiterverhältnisse gar nicht in Betracht gezogen werden.

Dann wandte sich Lisse in einer erfindend natürlichen Sprache gegen die Nationalsozialisten. Erst waren nur einige Nazis im Saale. Bald aber füllte sich die nationalsozialistische Fraktion auf und verurteilte Lisse niederzuschreien. Seine robuste Natur und durchdringende Stimme machten aber diesen Versuch unmöglich. Lisse entlarvte den Abgeordneten Feder als einen Fälscher.

Abg. Lisse (Soz.):

Wenn Abg. Stöcker gestern gesagt hat in der Sozialdemokratischen Partei bestehe ein Ausschüttungsprozeß, so ist ein solcher Prozeß allerdings vorhanden, aber lediglich in den Köpfen der kom-

munistischen Reichstagsfraktion. (Heiterkeit.) Schröder-Wertheburg hat angekündigt, er werde über die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion sprechen. Er hat aber lediglich ausgeführt, in welcher Zeit würden in Rußland 2 Millionen Arbeitslose beschäftigt oder umgeschult werden. Auf Dinge, die einmal werden, kann man gar nichts geben. Sie hätten uns erklären müssen, was in der Sowjetunion wirklich ist. Sie haben behauptet, in Rußland sei die soziale Lage der Arbeitslosen verbessert worden.

Bisher haben wir von Ihnen immer nur gehört, daß es in der Sowjetunion überhaupt nichts zu verbessern gäbe. Es ist immerhin ein Fortschritt, wenn Sie eingesehen, daß auch in Rußland Verbesserungen noch möglich sind!

Schröder hat auch heute kein Wort darüber gesagt, was getan werden soll, um die Verschlechterungen durch die Notverordnung zu verhindern. Als mir im Dezember 1929 die Beitragserhöhung auf 4 1/2 Proz. forderten, haben

die Kommunisten dagegen gestimmt; sie tragen also die Mitverantwortung, wenn die Arbeitslosenversicherung in diese Verhältnisse gekommen ist.

Sie sprechen auch davon, daß feinerzeit Bestrebungen nach der Tribunalpette gegen die Reichsanstalt gewesen seien. Im Sozialpolitischen Ausschuss haben alle von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten dafür gestimmt, daß die feinerzeit gewährten Kro-

nen sind. Sucht man in der Debatte mit Nationalsozialisten einmal festzustellen, was sie denn nun wirklich unter „Sozialismus“ verstehen, so stellt sich bald heraus, daß sie nichts anderes im Auge haben als — die Abschaffung einiger trasser Auswüchse des Kapitalismus. Dem „ehrlichen und anständigen“ Kapitalisten solle kein Haar gekrümmt werden, lediglich die Wucherer und Schieber wolle man aufs Korn nehmen! Dabei wird freilich verschwiegen, daß noch kein Wuchergericht, kein Wucherparagraf bis heute die Grenze hat festlegen können, bei der der „ehrliche“ Gewinn aufhört und der Wucher anfängt.

Schließlich stellt sich heraus, daß die Nationalsozialisten unter „Wucher“ lediglich den Geldzinswucher verstehen. Fragt man sie einmal nach dem Schutz des Mieters gegen Mietzinswucher, so ist das „ganz was anderes“. Ebenso

lehnen sie es ab, den ländlichen Pächter gegen den Pachtzinswucher des Großgrundbesitzers zu schützen. Ihren wahren Charakter als arbeitereindliche Kleinbürgerpartei enthüllen sie durch ihren Kampf gegen die Konsumgenossenschaften. Auf Grund ihres Antiwucherprogramms müßten die Nazis an sich verpflichtet sein, die Selbsthilfebemühungen der Verbraucher gegen Wucherung durch den Kleinhandel lebhaft zu unterstützen. Aber umgekehrt! Schließend stellen sich die Nazis vor den Lebensmittelmischer und bekennen sich offen zu dem Ziel, die preisregulierenden und preislenkenden Konsumgenossenschaften zu zerbrechen.

Der gesamte angebliche „Sozialismus“ der Nazis entpuppt sich mithin als ein Gemengel betrügerischer Phrasen. Ihr wirkliches Ziel ist der Schutz des kapitalistischen Privateigentums und der Verträge mit sozialistischen Zielen wie Wasser mit Feuer!

die niedergeklagen werden —, Sie aber (zu den Komm.) haben nicht mitgeteilt. Und als bei uns gemaltige Empörung darüber entstand, haben Sie erklärt, daß durch diesen Beschluß keineswegs zum Ruin der Arbeitslosenunterstützung beigetragen werden sollte! Sie haben Ihre Zustimmung damit begründet, daß Sie nicht eine Arbeitslosenversicherung, sondern eine Arbeitslosenversorgung wollten. Bei einer solchen würden nur die Arbeiter Beiträge zahlen.

Daß das für die jetzige Zeit ein Wollentuchdudheim ist, wissen Sie selbst.

Es kommt nicht darauf an, was man als Endziel anstrebt, sondern was man im Augenblick für die Arbeiterklasse durchsetzen kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Haushaltsauschuss haben die Kommunisten beantragt, den Anspruch auf Unterstützung mit dem Tage erden zu lassen, der dem Wiedereintritt in das Arbeits- oder Angehörigenverhältnis vorangeht, und die Unterstützung vom Beginn der Arbeitslosigkeit an zu gewähren. Schon damals haben wir den Kommunisten entgegengehalten, daß wir selbstverständlich diesen Zustand erstreben, daß man aber eine Mehrheit und auch die Mittel haben müsse, um etwas durchzusetzen. Über Sie fordern hier in Deutschland Dinge, die Sie selbst in Rußland nicht durchgeführt haben. Gelernte

organisierte Arbeiter müssen heute noch in Rußland ein Jahr Karenzzeit haben, unorganisierte sogar drei Jahre, bevor sie unterstützungsberechtigt sind.

(Hört, hört! bei den Soz. — Ein Kommunist ruft: Kein russischer Arbeiter tauscht mit der deutschen Sozialpolitik! — Große Heiterkeit.) Also, Sie geben zu, daß es richtig ist, was ich sage. In Rußland erhalten organisierte Angestellte erst nach drei Jahren Parteizeit eine Unterstützung, unorganisierte erst nach fünf Jahren. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Reaktionsärzte, was sich die Kommunistische Partei in Rußland in letzter Zeit geleistet hat, ist aber, daß solchen, die die Arbeit aus einem Grunde, der in ihrer Person liegt, aufgeben, die Unterstützung gesperrt wird. (Widerspruch der Komm.) Die „Rote Fahne“ hat ja selbst die Sperrung als notwendig bezeichnet für den Fall, daß der Arbeiter seine Arbeitsstelle verläßt. (Abg. Räder [Komm.]: In Rußland gibt es gar keine Arbeitslosen laut Ausweis des Internationalen Arbeitsamtes.)

Die Sowjetunion hat auch eingeführt, daß die Arbeiter durch Prämien angehalten werden, im Betrieb zu verbleiben, also ein Vorgehen, das die Gewerkschaften immer auf das schärfste bekämpft haben.

Rußland hat sich die kapitalistischen Methoden hundertprozentig angeeignet. In Rußland soll es keine Arbeitslosen geben? Am 23. Juli dieses Jahres hat im Sächsischen Landtag der Kommunist Siegel das gleiche behauptet und auf einen Zwischenruf, der auf die amtliche Angabe von 2 Millionen Arbeitslosen hinwies, erwidert: „Das sind geborene Faulenzer!“ (Hört, hört! bei den Soz. — Lebhafter Widerspruch der Komm., die die Wichtigkeit dieses Zeitungsberichts bezweifeln. — Ein Kommunist ruft dem Redner zu: „Sie sind ein geborener Lügner!“) Angehörige einer Partei, die die Lüge als politisches Kampfmittel erklärt, können mich nicht beleidigen. (Sehr gut!) Schröder hat behauptet, die Sozialdemokratie sei der Abwehrbewegung der Arbeiterklasse in den Arm gefallen. Nun,

wer häßlich in Deutschland die Inorganisierten, wer hat die sogenannte K.O. gebildet, wer spaltet die Gewerkschaften zur Freude der Unternehmer?

Schröder sagte gestern, die Sozialdemokratische Partei habe seit zwölf Jahren nichts anderes getan, als die Interessen der Arbeiterklasse zu schützen; er hat sich gegen uns auch auf die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezogen. Die ist also sein Kronzeug. Dann muß er auch gelten lassen, was die „D.Z.“ am 3. Februar 1930 geschrieben hat, daß nämlich die Kommunisten verhindern müssen, daß die Sozialdemokratie übermächtig werde; Kommunisten seien für die bürgerlichen und kapitalistischen Staaten solange ein wertvolles Werkzeug, weil sie als Pfeil im Fleische der Sozialdemokratie stecken. (Sehr gut! bei den Soz.)

Steigbügelhalter der Reaktion.

Schröder nannte uns Schrittmacher der Reaktion. Woher kommt denn dieses Wort? In der Treptower Bezirksversammlung erklärte der damalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Schlicht: „Jawohl, wir Kommunisten sind die Steigbügelhalter der Reaktion!“

Wenn das ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter von feiner Partei sagt, so haben wir dem nichts hinzuzufügen. (Sehr gut! bei den Soz.) Die „Rote Fahne“ berichtete gestern über die neue Roterordnung, daß das Krankengeld solchen, die Gehalt oder Lohn weiterbezogen, gegeben werden könne. Damit wird verschwiegen, daß es uns gelungen ist, durchzusetzen, daß in diesen Fällen der Beitrag pflichtgemäß gekürzt werden muß. Sie verschweigt auch, daß die Roterordnung allgemein das Hausgeld auf zwei Drittel des Grundlohns erhöht! Selbstverständlich fordern wir nach wie vor, daß die Vorschriften über die Krankentafeln und Krankengeldgebühren aufgehoben werden, aber es ist uns doch gelungen, zunächst eine wesentliche Verbesserung durchzusetzen. Die Kommunisten aber wollten die jetzt nicht durchgesetzte Aufhebung der gesamten Vorschriften, und beschimpfen uns, weil das nicht gelungen ist. Wir haben steinzeitlich im Reichstag und im Ausschuss erklärt, daß wir gar nicht daran denken, die Vorschriften über die Krankentafeln aufzuheben. Nach den Beratungen unterlagen des Reichsausschusses haben wir in Deutschland 35 000 Kassenärzte, aber nur 21 000 werden benötigt. Das Durchschnittshonorar würde dann von 10 000 auf 18 100 Mark im Jahr steigen.

Wir haben das größte Interesse, daß die Krankenversicherung und ärztliche Versorgung verantwortlich bewirtschaftet wird. Wir wollen nicht selber zum Ruin beitragen und können daher die Ausgaben für die ärztliche Behandlung nicht erhöhen.

Beim Hausgeld muß eine Vorschrift geschaffen werden, die den Krankentafeln ermöglicht, das Hausgeld in der vollen leistungs-mäßigen Höhe des Krankengeldes zu zahlen. Die Aufhebung des § 191, wonach die Krankentafeln allein über den Umfang ihrer Leistungen zu bestimmen haben, ist ein unberechtigter Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen. Bei der Familienversicherung muß durchgesetzt werden, daß die volle Arznei von der Krankentafel gewährt wird. Bisher wird das nur durch eine Verringerung der Beiträge bewirkt, eventuell auf 6,5 Proz. zu erreichen sein. Bei 22 Millionen Versicherten haben wir in Deutschland durchschnittlich 13,3 Proz. Kranke. Die Arbeitsunfähigkeit beträgt durchschnittlich 24,2 Tage. Infolge des Anschwellens der Arbeitslosigkeit sind die Kassen der Krankentafeln enorm gestiegen. Durch die Änderungen ist uns ein Personenkreis von 6 Millionen genommen worden. (Hört, hört!)

Wir lassen uns aber die Erfolge, die wir durchsetzen konnten, keineswegs schmälern, am allerwenigsten durch die Reden der Kommunisten.

Wir haben die Pflicht, auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Interessen der arbeitenden Klassen wirksam wahrzunehmen. Mit Anträgen, die keine Aussichten auf Erfolg haben, dienen wir diesen Interessen nicht! (Sehr Zustimmung der Soz.)

In der Arbeitslosenversicherung fordern wir, daß die Ausgaben sämtlich wieder einbezogen werden, und daß die Verschlechterungen weggeräumt werden. Die Verlängerung des Zeitraums, in welchem die 52 Wochen für die Unmündigkeit erworben werden müssen, von 18 Monaten auf zwei Jahre, gehört zu diesen Erfolgen für die Massen der Kurzarbeiter. Wir werden uns durch die Redensarten der Kommunisten nicht abhalten lassen, das zu

Ausreden der ertappten Putzschiffen

Was war im Schloß Jäschowitz?

Die nationalsozialistische Presse ist wieder einmal vom Beschuldigten herauszureden, widerspricht ein Rechtsblatt dem anderen. Sogar wenn man zwei nationalsozialistische Blätter aufschlägt, liest man in beiden das genaue Gegenteil. Im „Völkischen Beobachter“ Hitlers wird über die ganze Sache gespottet, als ob die Polizei Gespenster gesehen habe. Waffen seien gar nicht vorhanden gewesen. Es handele sich um Schaumbläserei!

Ganz anders aber operiert der „Angriff“ des Herrn Goebbels. Nach Goebbels Darstellung habe es sich um „einen der von Zeit zu Zeit beliebten Vorstöße gegen die letzten Reste deutscher Widerstandskraft“ gehandelt. Herr Goebbels wendet sich an angebliche Reichsstellen, die mit der ausgehobenen Truppe auf Jäschowitz in Verbindung ständen, und fragt, ob diese Reichsstellen sich das Vorgehen Severings „widerspruchslos gefallen lassen“ wollten. Mehr zu sagen verbiete Herrn Goebbels im Augenblick das Allgemeininteresse. Sollte Severing aber gegen die Nationalsozialistische

Arbeiterpartei wegen des Falles Jäschowitz mit Verboten vorgehen, so droht Herr Goebbels „sehr deutlich zu werden“. Severing wisse sehr wohl, was gemeint sei.

Ranu! Da schreiben sich die Hugenberglinge die Finger wund, um die völlige Harmlosigkeit des Truppenlagers von Jäschowitz darzutun, und nun behauptet dieser Unglücksstabe Goebbels, daß die Sache keineswegs harmlos sei, sondern daß so große Dinge dahinterstünden, daß öffentlich gar nicht darüber geredet werden dürfe. Die eine Rechtspresse schwört, daß in Jäschowitz nur ein Waffenlager von Wandervögeln mit Schweinefleisch stattgefunden habe, die anderen deuten die Sammlung einer heimlichen Armee an.

Herr Goebbels hat jedenfalls das Verdienst, den „Völkischen Beobachter“ und die Hugenberg-Preße gründlich lägen gestraft zu haben. Wenn auch das, was er andeuten will, nur eine Ausrede nach der anderen Seite ist (bei anderen würde Goebbels solche Andeutungen „Vandessperr“ nennen), so zeigt er doch, was die Detourierungen dieser Presse wert sind.

Jaurès und Frank.

Geschichtskennntnisse im Hitler-Lager.

Der nationalsozialistische thüringische Landtagsabgeordnete Papenbrock hat in einer Hakenkreuzversammlung in Schlotheim den Patriotismus der französischen Sozialisten gelobt, um die deutschen Sozialisten um so heftiger als Landesverräter zu beschimpfen. Er hat, um die nationale Gesinnung der französischen Sozialisten zu beweisen, erklärt, „der große französische Sozialist Professor Jean Jaurès sei bei Ausbruch des Weltkrieges freiwillig mit ins Feld gezogen und mit als erster gefallen“.

Herr Papenbrock ist Lehrer. Er weiß nichts von Ludwig Frank, der als Kriegsfreiwilliger ins Feld zog und vor Dunkoille im ersten Geleht fiel. Er weiß so wenig davon, daß er ihn mit Jean Jaurès verwechselt.

Jean Jaurès aber, glühender Sozialist und Patriot, wurde am Vorabend des Krieges ermordet von einem französischen Gesinnungsgenossen der Nationalsozialisten!

Deutsch-baltisches Lexikon.

Herr v. Freytagh-Loringhoven macht in Annapolis.

Der Außenpolitiker der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion, Professor von Freytagh-Loringhoven, ehemaliger Untersekretär des Zaren aller Reußen, der sich in der Freitagsagung des Reichstages eine gründliche Abfuhr durch den Reichsaussenminister holte, verkündet in einem Korrespondenzblatt folgende Weisheit:

„Das Wort ‚Verständigung‘ muß aus unserem Vokabular verdrängt werden, und es ist beabsichtigt, daß General von Hammerstein sich bemüht, auf dieser Basis ‚Außenpolitik‘ zu versuchen.“

Zugleich erklärt er, daß die Deutsch-nationalen nicht um ein Wortorium betteln, sondern die Revision wollen, nicht Revision des Young-Planes, sondern Revision des Versailler Vertrages.

Der Herr Professor sollte einmal der Deffentlichkeit verraten, wie man ohne Verständigung die Revision erreichen kann; nicht nur die Revision des Young-Planes, sondern gar des Versailler Vertrages.

Glaubt er etwa, es genüge, daß eine Regierung, in der er als Außenminister sehe, erkläre: „Ich will!“, und die Signaturs des Friedensvertrages würden gleichfalls zumklappen wie Taschenmesser und die Revision ihm zuliebe gewähren?

hin, was wir im Interesse der Arbeitermassen für erforderlich halten. (Sehr Beifall der Soz.)

Die Hakenkreuzler fälschen Zitate.

Der Nationalsozialist Feder hat gestern die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratische Partei habe die Niederlage Deutschlands im Kriege gewollt. (Feder: Hat sie auch!) Er hat sich zum Beweis für seine Behauptung auf eine angebliche Äußerung des „Vorwärts“ berufen, wonach es der Wunsch der deutschen Sozialisten sein soll, daß Deutschland als geschlagenes Land seine Kriegsschuld streichen müsse. Ich werde Ihnen beweisen, daß der sogenannte Beweis des Herrn Feder auf einer ganz nichts-würdigen Fälschung beruht. Am 20. Oktober 1918, als die Tatsache des militärischen Mißerfolgs Deutschlands im Weltkrieg schon ganz unerschütterlich und unwiderruflich feststand, veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Artikel, der einen eindringlichen Appell an die Sozialisten der Entente-Länder darstellte, einen Gewaltfrieden gegen Deutschland nicht zuzulassen. In dem Artikel hieß es:

„Die nationalsozialistischen Machtpolitiker sind überall die schlechtesten Freunde ihres Volkes, auch in Frankreich. Der Gedanke, man könne durch diesen Krieg Frankreich so stark und Deutschland so schwach machen, daß Frankreich allein gegen Deutschland allein eine sichere Überlegenheit besäße, ist eine Kinderlei. Kein Staat ist an einem Völkerbundfrieden in höherem Maße interessiert als Frankreich. Denn auch gegen ein gedemütigtes, amputiertes Deutschland würde Frankreich nicht hart genug sein, die Hilfe seiner jetzigen Verbündeten entbehren zu können. Ein Deutschland der Revanche brächte das schutzbedürftige Frankreich in ewige Abhängigkeit von fremden Mächten.“

Und dann heißt es weiter: „Unsere französischen Machtpolitiker aber möchten wir fragen: Was es wirklich ein solches Verdrehen von uns, daß wir vom Beginn des Krieges an für die Verteidigung unseres Landes eintraten? Welche Garantie konnten wir uns dafür bieten, daß im Falle unseres Verlosens nicht die Pläne der französischen Vernichtungspolitik verwirklicht worden wären — durch unsere Schuld? Wie würden wir dann vor unserem Volke dastehen haben? Hätte nicht ein solches Verhalten die Aussichten der Arbeiterbewegung in unserem Lande auf Jahrzehnte hinaus vernichtet? Begreift doch, daß wir in den Kampf gegangen sind, nicht aus Haß gegen euch, nicht aus stumpfem Gehorsam vor den Reichshäuptern, sondern aus ehrlicher Sorge um unser Volk, deren Rechtfertigung ihr jetzt aus den racheprührenden Artikeln eurer Chauvinistenpresse erkennen dürft.“

Und der Schlussatz dieses Artikels vom 20. Oktober 1918 heißt: „Wir aber hiezulande wollen den Tatsachen ins Gesicht sehen. Wir stehen gegen eine gewaltige Hebermacht. Diesen Krieg

Das würden sie sogar dann nicht tun, wenn Deutschland, entsprechend der Lieblingsidee des baltischen Professors, sich mit Italien verbünden würde.

Anscheinend besteht keine Patentlösung darin, daß Deutschland den früheren Ententemächten ein befristetes Ultimatum überreicht: Entweder Revision oder Krieg!

Uns scheint, daß das Wort „Verständigung“ aus dem Vokabular des Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven und seines gesamten deutsch-nationalen und nationalsozialistischen Anhangs längst verschwunden ist.

Bredt gegangen.

Sang- und Klanglos' er Abschied des Wirtschaftsparteiministers

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichstanzlers den Reichsminister Dr. Bredt, seinem Antrag entsprechend, vom Amt des Reichsministers der Justiz entbunden und den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Joel tis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsjustizministers beauftragt.

Herr Bredt verschwindet sang- und klanglos, ohne daß er das übliche Dankschreiben des Reichspräsidenten erhalten wird. Herr Bredt hat sich nicht weniger unpolitisch benommen als seine Fraktion. Die hat die politische Unreise des mittelständlerischen Bürgerturns bemerkt, Herr Bredt aber seinen eigenen Mangel an Sinn für Politik.

Krylenko fordert Todesstrafe.

Er sucht die „Geständnisse“ zu erklären.

Riga, 5. Dezember.

Im Moskauer Propagandaprozess gegen Ramsin und Genossen beantragte Krylenko gegen alle acht Angeklagten die Todesstrafe.

In mehrstündiger Rede erklärte Krylenko, daß die Annahme, als ob die Geständnisse der Angeklagten auf Forderungen zurückzuführen seien, für Unsinne. Die Geständnisse der Angeklagten erklären sich aus dem Fehlen jeglicher Hoffnung, Zeugnen könnte zu irgend etwas führen.

werden wir nicht gewinnen. Wir kämpfen keinen Augenblick länger als wir müssen. Und wir kämpfen nicht um den Sieg, sondern um einen Frieden, der nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt.“

(Rufe äußerst rechts: Das glaubt euch keiner mehr!)

Und jetzt kommt es: „Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsschuld für immer streichen, ohne sie das letzte Mal heimlich heimgebracht zu haben. Das ist eine schwere moralische Belastungsprobe für jedes Volk und jene, die sie die zur Unmöglichkeit des Gelingens steigern sollen, nebeneinander eine schwere Verantwortung auf sich. Wehrlos kann kein Friede uns machen, Sicherheit gibt auch dem Sieger nur ein Frieden, der alle entwaffnet und aus Feinden Freunde macht. Aber eine Gefahr auch für ihn ist ein Frieden, in dem ein Volk heimkehrt, um in der blutigen Geschichte der Vergangenheit zu lesen, daß die Besiegten von heute die Sieger von morgen sind.“

Man kann zu diesem Artikel stehen wie man will, man kann die Politik, in deren Sinne er steht, für richtig oder falsch halten. Aber man kann, glaube ich, als anständiger Mensch, gleichviel, in welchem Lager man steht, nicht bestreiten, daß er von glühender Liebe für das deutsche Volk erfüllt ist, daß

jeder Satz von brennender Sorge um das deutsche Volk diktiert ist (Wachen rechts), daß er ein ehrlich gemachter Versuch ist, die schlimmsten Folgen einer bereits eingetretenen Niederlage vom deutschen Volke abwenden zu helfen. Durch eine ganz niederträchtige Fälschung hat man

daraus den Ausdruck des Wunsches nach einer Niederlage Deutschlands herausdefilliert.

Das also ist der Beweis für die nichts-würdige Behauptung, die deutsche Sozialdemokratie habe die Niederlage des deutschen Volkes gewollt. Wir erwarten, daß jeder anständige Gegner (andauernd über Harm rechts), der sich bisher dieses Beweises bedient hat, zugeben wird, daß er einer Irreführung zum Opfer gefallen ist, und wir erklären denjenigen, der diese Fälschung zuerst aufgebracht hat, und jeden, der sie weiterverbreitet, als einen niederträchtigen Lumpen. (Stürm. Zurufe der Soz. — Harm rechts.)

Von den 2 Millionen deutschen Toten des Weltkrieges (auf rechts: Sie sind nicht darunter!) sind mindestens 500 000 bis 600 000 Sozialdemokraten gewesen. Meines Wissens sind im Kriege zwei Reichstagsabgeordnete gefallen. Der eine davon war der Sozialdemokrat und Jude Dr. Ludwig Frank.

Während Ludwig Frank gefallen ist, sah der heimliche Fried in Pirmanens „auf Befehl des bayerischen Königs“ am Ofen und wärmt sich.

(Beifall links, andauerndes Geschrei rechts. Einem der Schreier

legt der Redner: Sie haben während des Krieges in der Redaktionsstube gelassen und nun dort aus andere den Kampf für das Vaterland führen lassen. Wir weisen es mit aller Entschiedenheit zurück, daß diese Leute, die Südtirol verraten (stürmische Zustimmung links), uns Landeserrat vorwerfen. (Dauerndes Geschrei rechts, aus dem man die Rufe „Scheidemann-Frieden“ herausschallt.)

Hätte das deutsche Volk den Scheidemann-Frieden bekommen, den die Sozialdemokratische Partei angestrebt hat, dann wäre viel Blut, das unnütz vergossen wurde, nicht geflossen!

Herr Feder hat gestern gesagt, zwei Dinge halten die Menschen zusammen, und zwar Idealismus und gemeinsam begangene Verbrechen. (Sehr richtig! rechts) Herr Feder hat sehr oft von dieser Stelle ungewollt und unüberlegt seine eigene Partei charakterisiert. Aber in einem solchen Maße wie gestern ist ihm das noch nicht gelungen. Jamahl.

die gemeinsam begangenen Verbrechen halten die Nationalsozialistische Partei zusammen.

Wir erinnern nur an die „Femrichter“ wie Heines ufm. (Andauerndes Gebrüll rechts und Rufe: Das erlauben wir nicht! Mit euch machen wir es auch so! ufm.) Dr. Gumbel hat in seinem Buch „Verräter fallen der Feinde anheim“ über den Hauptkämpferführer Killinger geschrieben, daß er sich als Führer eines Femetrupps durch besonders diebstahlische Takte ausgezeichnet hat. (Zurufe rechts: Dr. Kler!)

Der Heimkehrer Feil hat als Polizeibeamter in München dem Mörder der Anna Sandmaier, Leutnant Schweighardt, einen solchen Paß ausgestellt, damit er ins Ausland flüchten konnte.

(Andauerndes Börm rechts.) Herr Feder hat gestern auch ein grundsätzliches Bekenntnis zum Privateigentum abgelegt. Goebbels schreibt in seiner Broschüre „Der Nazifogel“ auf Seite 8: Wir nennen uns Sozialisten als Protest gegen die Plage des sozialen bürgerlichen Mitleids. Und Strasser schreibt: Wir wären keine Sozialisten, wenn wir nicht gegen die Klassenherrschaft des kapitalistischen Systems kämpfen würden. Gestern aber hat Feder die Rede aus dem Saal gelassen (Gelächter und Geschrei der Nazis) und sich grundsätzlich für das Privateigentum erklärt. Er hat ja auch schon am 17. Oktober in diesem Hause gesagt, er schäme sich nicht, in seinem arbeitsreichen Leben ein Vermögen erworben zu haben. Nun, da will er natürlich auch das Privateigentum schützen. (Der deutschnationale Vizepräsident Graf erklärt nun, da die Nazis den Redner andauernd zu überschreien suchen, er könne die Ruhe auf der rechten Seite nicht herstellen, wenn nicht auch der Redner und die Linke sich mühten. Darauf schreien die Nazis natürlich erst recht.) Herr Feder hat auch wieder gegen die Zinsneuschicht gesprochen.

Im „Mittäglichen Beobachter“ vom 3. Dezember d. J. ist auch von der Brechung der Zinsneuschicht die Rede, aber gleich dabei steht ein Inserat der Evangelischen Zentralbank, die für Sparanlagen höchste Verzinsung verspricht.

(Große Heiterkeit. — Rufe der Nazis: Das ist doch eine Annonce, das verstehen Sie wohl nicht?) Herr Feder hat gestern auch ein Bekenntnis abgelegt, nämlich er vom Sozialismus verzieht. (Nazirufe: Mehr als Sie! — Vizepräsident Graf mahnt wieder zur Ruhe und droht mit einem gemollten Sicherpreis, den Artikel 48 der Geschäftsordnung anzuwenden zu müssen, was minutenlanges Gelächter auslöst, den Nazis aber den Anlaß gibt, den Redner mit Artikel 51 StGB in Verbindung zu bringen!) Beere Phrosen machen den Sozialismus wohllich nicht aus, und

solange Sie sich nicht zur Demokratie als der Grundlage zur Verwirklichung des Sozialismus bekennen, werden die Arbeiter Sie als Trabanten des Kapitals ansehen;

auch wenn Sie in Anträgen die Befehlsgewalt der Vermögen der Bank- und Börsenfürsten fordern. Ets diese Anträge erledigt werden, gehen Sie noch mit einigen Großbankiers frühstücken. Gestern haben Sie ja auch vor dem Führer der Deutschen Volkspartei Loren Kötter gemacht. Die geistige Verwirrung dieser Partei zeigt sich ja auch in dem Goebbels-Roman „Mikael“, der im Angriff erscheint. Eine politische Wochenchrift hat mit Recht vor einiger Zeit geschrieben, daß Herr

Goebbels des Moseskind ist, das Adolf Hitler im Schilf gefunden und mit den ägyptischen Produkten eines Herrn Dinter aufgezogen hat.

(Große Heiterkeit.) Ein Jahr vor dem Marsch auf Rom schrieb Mussolini, der mit den Verschwörern und den Ausbeutern unter einer Decke stand: „In die Vaterne mit denen, die das Volk aushungern!“ So verleierte er seine volkstümlichen Pläne, und genau so machen Sie es. Wir werden dafür sorgen, daß die deutsche Arbeiterklasse über diese Methoden genügend aufgeklärt wird.

Die gewerkschaftlich und politisch organisierten, aufgeklärten Arbeiter wissen, was sie mit der deutschen Demokratie und mit der Republik zu verlieren haben.

(Dauerndes Geschrei rechts, das den Redner zeitweise überdeckt.) 1923 waren Sie noch ehrlicher, da haben Sie die Befreiung der Demokratie verlangt (Jamahl bei den Nazis), die Auflösung aller Parlamente, die Aufhebung der Pressefreiheit, die Auflösung der Gewerkschaften, Todesstrafe für Streiks und Befreiung der politischen Meinungsfreiheit. (Leb. Beifall der Nazis. — Vizepräsident Graf erhebt wieder einmal um Ruhe.) Die Kommunisten wählen auf der anderen Seite die Nazis auf und leisten der Reaktion Vorlauf. Wir warnen die Arbeiter, Angestellten und Beamten vor Unbesonnenheiten.

Wir lehnen die puschilligen Methoden der Nationalsozialisten und der Kommunisten ab. Wie sind die einseitige Arbeiterpartei (wütendes Geschrei rechts und äußerst links), die in Deutschland kämpft für Freiheit, für Demokratie, für Parlamentarismus, für die sozialen Interessen des arbeitenden Volkes.

(Stürmischer Beifall der Sozi.)

Abg. Bärger (S.) betont die Wichtigkeit des Auslandskredits für den Wiederaufbau Deutschlands. Er ersordert Stabilisierung unserer Staatsfinanzen.

Die notwendige Veranschlagung der Reparationslasten darf uns nicht die Herzen verkümmern lassen. Die Geschäfte arbeiten ohnehin für uns, und vornehmlich handeln verdirbt unsere Chancen. Auch das Ziel der Reparationsentlastung erfordert die Finanzsanierung. Dazu gehört mehr Vaterlandsliebe, als zur Katastrophopolitik. Feder hat die italienischen Verhältnisse so gerühmt, daß ich mich gefragt habe, wie er wohl als italienischer Angeordneter hätte reden müssen. (Ein Nazi ruft: Infamie! — Ordnungsruf.) Die Arbeitslosigkeit im Siegerland hat sich um 60 Proz. erhöht, der öffentliche Finanzbedarf ist zugleich um 20 Proz. gestiegen.

Die schwebende Schuld Italiens ist höher als die deutsche. Die Preisentzückung muß schleunigt energisch durchgeführt werden. Trotz mancher Bedenken dürfen wir die Notverordnungen, weil das Wert des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht scheitern darf. (Leb. Beifall im Zentrum.)

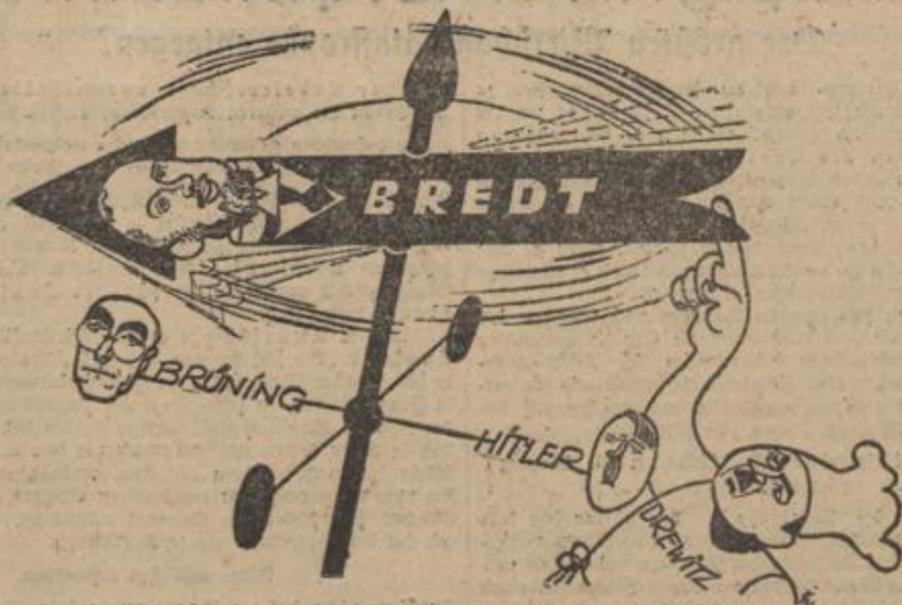
Abg. Dr. Feilhaber v. Freytag-Loringhoven (Dnat.) bemängelt die Außenpolitik als trübselig.

Reichsaußenminister Dr. Curtius:

Auch mein Wunsch geht nach baldiger Verabschiedung der Notverordnung. Ich weise es zurück, wenn der Vorrat der uns handhabenden Vorarbeiten an außenpolitischen Fragen unterläßt. Die Winderheitsfragen kann ich erst im Januar nach meiner Rückkehr aus Genf besprechen. (Wärmende Rufe: Da können wir ja lange warten.)

Die Kampfesweise des Abg. v. Freytag-Loringhoven ist uns ja seit Jahren bekannt, und darum verzichte ich auf eine besondere Charakterisierung.

Windfahne Bredt.



Bald dreht sie so herum, bald dreht sie so herum, das ist der Drewitz!

Lardieus Ende.

Ein Talent, kein Charakter.

Paris, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Sturz des Kabinetts Lardieu im Senat ist kein Tod in Schönheit gewesen. Lardieu-Ministerpräsidentenschaft war anfänglich nur als eine Art Statthalterchaft für den erkrankten Poincaré gedacht gewesen. Deshalb hatte Lardieu auch außerordentlich wenig Sorgfalt auf die Auswahl seiner Mitarbeiter gelegt. Er hatte in unerschüttertem Zynismus die Zahl der Ministerposten maßlos erhöht, nur um durch Befriedigung möglichst vieler Parteigänger sich eine parlamentarische Mehrheit zu sichern. Er hat sich auch selbst von Anfang an zu dem ausgesprochenen Wahlagenten der Reaktion erniedrigt, der in struppeliger Demagogie seine Stellung zum Parteikampf gegen die Linke mißbrauchte, der die Präfekturen von politisch mißliebigen Elementen säuberte und die Presse stramm zur Wahlkampagne einbrachte. Immer wieder, gleichgültig, ob es galt die Rechte für die Wählung zur Rheinlanderrückung zu bestimmen oder sich selbst gegen die drohende Schmutzflut der Börsentorruption zu schützen, führte Lardieu das Argument der amtlichen Wahlhilfe für die Kammerwahlen im Jahre 1932 ins Feld. Was er trieb war nichts anderes, als Politik des Opportunismus und des krassen Vorteilszinsens.

Lardieu ist ein politisches Talent aber kein Charakter. Der bemerkenswerteste Zug seines Wesens ist der

vollkommene Mangel an politischer Heberzeugung.

Sein Hauptfehler ist es, zu glauben, daß auch die anderen sich nur von materiellen, persönlichen oder parteilichen Interessen leiten lassen. Er war es auch, der ihn zur Hoffnung verleitete, daß er sich mit plumpen Einschüchterungsversuchen dem aus der unfaulenden Verquickung von Geschäft und Politik drohenden Korruptionsstandal entziehen und sich unbekümmert um die Verluste seines moralischen Ansehens werde behaupten können. Sein unzweifelhaftes politisches Talent wäre, wie Léon Blum ihm in einer der letzten Kammerreden zugerufen hat, eines besseren Schicksals würdig gewesen. Nicht minder berechtigt war der Vorwurf des Senators de Jouvenel, daß Lardieu die Hauptschuld an der Spaltung und Zersplitterung der republikanischen und demokratischen Parteien trage. Er hatte nicht nur die Radikalen, die in der ganzen Geschichte der dritten französischen Republik das Rückgrat der Regierung gewesen waren, von Anfang an von sich gestoßen, sondern auch seine persönliche Annahme, seine verlegende Art und seine ausgesprochene

Kampfpolitik haben die Klust nach links hin mehr und mehr vertieft.

Gewiß ist ein Linkskabinett in der augenblicklichen Kammer nicht möglich. Ebenso wenig aber ein Rechtskabinett, das, wie das Experiment Lardieu gezeigt hat, um seiner Selbsterhaltung willen genötigt ist sich in allen wichtigen Fragen die Politik der Linken zu eigen zu machen. Doch dieser politische Widerspruch hat namentlich für die Außenpolitik Frankreichs die verhängnisvollsten Folgen gehabt. Frankreich hat das Rheinland geräumt. Aber durch seine ewigen Drohungen mit seinen Militärrüstungen, durch seine ständigen Klagen über seine bedrückte Sicherheit hat es sich und die internationale Friedenspolitik um die Wirkung dieser Tat gebracht. Das gleiche ist von der Abrüstungsfrage, der Revision der Verträge und anderer wichtiger Probleme festzustellen.

Unter diesen Umständen dürfte nunmehr die Stunde für ein

Kabinett der republikanischen Konzentration geschlagen haben, das von den Radikalen bis zur Mitte hinüberreichen würde, ohne allerdings den ausgesprochen reaktionären Flügel der Lardieu-Reaktion mit zu umfassen. Diese Kompromißbildung ist natürlich nur schwer auszubalancieren, und es wird daher eines überragenden Politikers wie Poincaré bedürfen, um sie fest zusammenzuschmiegen. Poincaré aber mehr: sich unter dem Hinweis auf seinen schwachen Gesundheitszustand aufs entschiedenste, wieder die Last der Regierungsführung zu übernehmen, und es zu zweifelhaft, ob er schließlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben wird.

Die wichtigste Frage, die der Regierungswechsel für Deutschland aufwirft, ist die, ob Briand auch weiterhin die Leitung des auswärtigen Amtes behalten wird. Es kann leider nicht gelaugnet werden, daß seine innerpolitische Stellung durch den Hillerstieg sehr geschwächt worden ist. Dazu kommt, daß zahlreiche andere Politiker, nicht zuletzt auch Herriot, die Zeit für gekommen erachten, um selbst ihre Kandidatur für das Außenministerium aufzustellen. Allerdings bleibt es fraglich, ob man es wagen wird, Briand kaltzustellen, dessen internationaler Einfluß — seine Wahl zum ersten Präsidenten des Europa-Komitees haben es erneut gezeigt — heute im Interesse der Friedenspolitik unentbehrlicher denn je ist. Sein Verschwinden von der politischen Bühne würde das Ende der in Locarno begonnenen Epoche bedeuten.

(Rufe rechts: Unerhör!) In der Winderheitsfrage ist durchaus nicht nur akademisch diskutiert worden, sondern es ist z. B. für die Remedeutschen praktisch Wertvolles erreicht worden. Der deutsche Gesandte in Prag hat am Tage nach dem Filmtrauwallen bei der tschechischen Regierung interveniert. Zur Frage der Revision ist meine Reichsratsrede gegen Lardieu in der ganzen Presse veröffentlicht worden mit einiger Ausnahme der Freytag-Loringhoven'schen Zeitungen. Abg. Rosenbergs hat eine Kundgebung gegen den politischen Terror gefordert. Eine solche Kundgebung hat der Auswärtige Ausschuss beschlossen. Wir sind aus dem Stadium des Redens längst heraus und beschäftigen uns jetzt mit ernsthaften Aktionen. (Ironische Zurufe und Börm rechts.) Das beweist unsere Note an den Völkerrund.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen schützt die deutsche Winderheit in Polen (Widerpruch rechts) und verhindert die Enteignung von 50 000 Hektar deutschen Boden.

Es darf nicht scheitern. Es kommt jetzt nicht auf Redentumstände, sondern auf Charakter an. (Nazigebrüll, Zuruf: Dann müssen Sie gehen!) Was Charakter ist, das wissen Sie, ja gar nicht! (Im Nazigebrüll gehen die Schlüsse des Ministers unter.)

Abg. v. Stauffenberg (Landvolk) lobt den Minister Schiele, findet aber die Maßnahmen der Regierung für die Landwirtschaft unzureichend und fordert außer dem Roggenverminderungszwang den Verwendungszwang für fast alle deutschen Agrarprodukte. Die Dittsche hätte auch in die Notverordnung gehört.

Die Rentabilitätskontrolle für die zu unterliegenden Betriebe lassen wir uns nicht gefallen.

Das von Sozialdemokraten ausgearbeitete Umschuldungsprogramm der Breuchensasse ist eine Unverschämtheit, entwürdigend aus dem Resentiment gegen einen Teil des deutschen Reiches. Die Sozialdemokratie wollte sich durch die Rede Reiss wieder koalitionsfähig machen. Sie betreibt in Drouhen Bürgerkriegsvorbereitung mit Hilfe der Schuppelpolizei und des Reichsdanners. Die Regierung steht dem latentlos zu. Der Redner schließt, ohne mitzuteilen, ob die Notverordnung von seiner Partei angenommen oder abgelehnt wird, mit dem rätselhaften Satz: Jetzt ist die Stellung unserer Partei klar.

Abg. Köster (Wirtschaftsp.) spricht gegen die Biersteuererhöhung

und gegen die Schankverzehsteuer. Viele Konsumenten würden das Getränk in Gefäßen holen und gleich außerhalb der Schankstätten trinken. Für den Ausbruch „unheimliche Regierungsordnung“ erteilt Vizepräsident Stöhr einen entrüsteten Ordnungsruf.

Abg. Mumm (Chr.-Soz.) reißt den hochfahrenden Nazis österlich ins Gewissen, als so groß geworden und darum auch verantwortungsvolle Partei doch zu erwägen, ob sie nicht ihr „Vertrauensvotum“ zurücknehmen wollen. Der Redner verliest einen Antrag seiner Partei, der die Regierung zur Intervention bei den Young-Plan-Kontrahenten zur Milderung der Tributlasten auffordert.

Abg. Dr. Horlacher (B. Sp.) tadelt die Belastung der Notverordnung mit zu vielen Einzelheiten. Die Steuervereinfachung widerspricht dem Artikel 11 der Reichsverfassung;

wir werden diese Verletzung der Länderechte unerbillig bekämpfen.

Der Redner verlangt Differenzierung der landwirtschaftlichen Einkommensteuer nach der Art des Betriebes für Gartenbau, Ackerbau, Veredelungsbetriebe usw. Die Realsteuerentlastung kann vor der endgültigen Sanierung nicht eintreten. Der Redner spricht dem Landwirtschaftsminister überschwänglich, seinen Dank für die Leistungen im Kampf gegen die Folgen der Weltmarktlage aus. Wir gehen dem Weg der Notverordnung mit.

Abg. Reinhardt (Natio.) behauptet, „Der freie Gewerkschaftler“, Bellage der „Mündener Post“, habe die neue Anleihe bei Morgan als großen Fortschritt für Deutschland bezeichnet. Anbesserrat hat noch lange keine genügende Bezeichnung dafür. Die Regierung gibt selbst zu, daß sie die Tabakindustrie und den Handel vernichten will. Die Entschädigung bis 8000 Mark wird nicht einmal die Entwertung des Invasors decken, und was soll aus den Arbeitern nach dem einen Jahr 75prozentiger Unterführung werden?

In der ersten Sitzungshunde polemisiert

Abg. Käbel (Komm.) gegen Bille und rühmt unter starken Anzweifelungen seiner Behauptungen die Sozialpolitik der Sowjetunion. Dort gebe es keine Arbeitslosen mehr. Siegel-Dresden habe unter den „geborenen Faulenzeugern“ jene verstanden, die nie gearbeitet, aber unter dem früheren russischen Regime begünstigt gelebt hätten.

Nach einer Rede des Landesvolksgewordnen Hopp verlegt das Haus die Weiterberatung und nimmt das Gesetz über den zwanzigprozentigen Abzug an den Wätern endgültig an.

Weiterberatung heute 10 Uhr. — Schluß nach 21 Uhr.

Goebbels leitet Theaterkrach Stinkbomben und Mäuse gegen den Film „Im Westen nichts Neues“

Die Nazis haben des Herrn Goebbels haben sich mit dem Vorgehen Hugenberg gegen den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ solidarisch erklärt und mit bewährten Mitteln den erlebten Krach inszeniert. Bei der gestrigen Aufführung des Remarque-Films im Theater am Rollendörpferplatz kam es zu wüsten Ausschreitungen der Nationalsozialisten, so daß die Vorstellung abgebrochen werden mußte.

Die Nationalsozialisten hatten gestern größere Mengen der Karten des Theaters am Rollendörpferplatz aufgekauft. Man schätzte sie auf etwa zweihundert. Diese Karten wurden vor Beginn der Vorstellung an drei Sammelpunkten vor dem Theater an E.M. Leise und Mitglieder der „Kulturabteilung“ der Nationalsozialisten ausgegeben. Der Film war nach zehn Minuten gelaufen, als die ersten Störungen einsetzten. Die Nationalsozialisten brüllten: „Juden raus!“ und „Hitler vor den Türen“. Die Theaterbesucher wurden angepöbeln und von den Rängen des Theater wurden Ansprachen gehalten.

Die nationalsozialistischen Störversuche waren wohl vorbereitet. Dr. Goebbels hatte sich persönlich bemüht, um festzustellen, ob seine Jungen auch nach Vorschrift brüllten und tobten. Der herabgeladene Pfarrer Münchmeyer blüht vom Rang die erste Ansprache, der mehrere unmittelbar danach folgten. Die Nationalsozialisten hatten sich auch besondere Überreichungen ausgedacht. So war ein vom Rang Langmäuse und weiße Ratten ins Parterre, andere wieder versuchten ihr Glück mit Stinkbomben. Die Vorstellung mußte schließlich unterbrochen werden, und die Polizei erschien im Zuschauerraum. Die Ruhestörer wurden an die frische Luft gesetzt. Nach Räumung des Theaters wurden ganze Risten voll Stinkbomben, die die Radaubröder nicht mehr verwenden konnten, auf den Rängen aufgefunden. Vor dem Theater randallierten die Nationalsozialisten fleißig weiter. Zunächst war nicht festzustellen, warum der Krach plötzlich auch vor dem Theater ausgebrochen war, bis es sich ergab, daß die Skandalmacher ihr Eintrittsgeld zurückforderten. Sie bedrohten die Kassierinnen und schlugen eine Scheibe des Kassenspiessers ein. Die Theaterleitung hatte vorgesorgt und das Geld in Sicherheit bringen lassen. Die Ansammlungen konnten dann von der auf dem Platz energisch eingeleiteten Polizei schnell zerstreut werden.

Ein Augenzeuge berichtet folgendes:
Zu der um sieben Uhr beginnenden zweiten Vorstellung hatten sich zahlreiche Nationalsozialisten eingefunden, darunter auch zahlreiche Reichstagsabgeordnete mit Dr. Goebbels an der Spitze. Im zweiten Akt brach plötzlich Bärm los. Die Nationalsozialisten warfen Stinkbomben in den Saal und ließen gleichzeitig weiße Mäuse los. Es entstand ein unbeschreiblicher Wirrwarr, die Vorstellung wurde unterbrochen, der Saal wieder erhellt und das zahlreich erschienene Publikum flüchtete unter den fortwährenden Pfusen der Nationalsozialisten aus dem Saal, wobei es zu heftigen Anstößen und Schlägereien kam. Die sofort benachrichtigte Polizei sah sich angesichts des Tumultes genötigt, den Saal zu räumen, so daß die Vorstellung des Films abgebrochen und auch die letzte Vorstellung, die um neun Uhr beginnen sollte, abgelassen werden mußte. Auf der Straße setzten sich dann die Kravalle noch einige Zeit fort. Die Polizei, die drei Zwangsgestellungen vornahm, mußte mit starken Kräften die Ansammlungen zerstreuen.

Kommunisten auf der Straße.

In anderen Stadtteilen, besonders am Bülowplatz, am Alexanderplatz, in Neukölln und am Wedding fanden kommunistische Ansammlungen statt. Gegen 20 Uhr nahmen die Zusammenrottungen, bei denen in der Alexanderstraße

mehrere Schaufensterscheiben eingeworfen wurden, bedrohlichere Formen an. Der Alexanderplatz und seine nähere Umgebung wurden mehrfach geräut. In einem Falle mußten an der Dirsch- und Königstraße Schreckschüsse abgegeben werden. Außerdem mußten die Polizeibeamten in der Barnimstraße und am Bülowplatz Schreckschüsse abfeuern, um die Ansammlungen zu zerstreuen.

Als ein Polizeikommando die Linienstraße räumen wollte, wurden aus einem Fenster des Hauses Nr. 21 mehrere Pistolenkugeln auf die Beamten abgegeben. Glücklicherweise verfehlten die Kugeln ihr Ziel. Bei der sofortigen Durchsuchung des Grundstücks wurden in einer Wohnung zwei Männer verhaftet, die einen geladenen Revolver, zwei Seitengewehre und einen Gummiknüppel bei sich hatten. Offenbar handelt es sich um die Schützen; sie wurden der Politischen Polizei übergeben.

In der Münzstraße, der Weinmeisterstraße und der Schönhauser Straße wurde gegen 1/22 Uhr der Versuch gemacht, kommunistische Sprechchöre zu bilden. In allen Straßen in der Umgebung des Alexanderplatzes waren starke Ansammlungen zu bemerken. Erstere Zwischenfälle wurden durch die Polizei verhindert.

Bis um 22 Uhr erfolgten insgesamt 25 Festnahmen.

Reichsbahn senkt Zeitkartenpreise herab. Aber nicht im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1931 senkt die Deutsche Reichsbahngesellschaft um 5 Proz. die Einheitsätze für Zeitkarten des allgemeinen Verkehrs, nach denen die Preise der Monatskarten, Schülermonatskarten, Teilmonatskarten, Arbeiterwochenkarten und Kurzarbeiterwochenkarten berechnet werden. Die Einheitsätze sollen für die 2. Klasse Gültig von 7,8 auf 7,41 Pf., für die 3. Klasse Personenzug von 5,8 auf 5,51 Pf., für die 3. Klasse Gültig von 5,4 auf 5,13 Pf. und für die 3. Klasse Personenzug von 3,7 auf 3,515 Pf.

Die bisherigen Grundätze für die Berechnung der Preise bleiben unverändert. Die Zeitkarten des Berliner und Hamburger Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs werden durch die Neuregelung nicht berührt.

Weihnachtsmarkt und Straßenhandel.

Der Weihnachtsmarkt findet in diesem Jahre in der Zeit von Donnerstag, den 11., bis Freitag, den 26. Dezember einschließlich statt, und zwar in der Petersburger Straße zwischen Landsberger Allee und Boltenplatz, ferner zwischen Boltenplatz und Frankfurter Allee und in der Warschauer Straße zwischen Borsigener und Rosauer Straße. Außerhalb dieses Marktgebietes kann auch in den Verwaltungsbezirken 1 bis 6, mit Ausnahme von Stralau, auf geeigneten Straßen Weihnachtsmarkt betrieben werden. Eine Verkaufsstelle oder Borchrichtung darf nur mit Genehmigung des zuständigen Polizeireviers und mit einer Bewilligung der Stadt Berlin über die Einrichtung des Standgebietes eingenommen werden. Für die Verwaltungsbezirke 7 bis 20 und den Ortsteil Stralau werden bestimmte Straßen für den Straßenhandel freigegeben. Der Verkaufstelleneinhaber muß die schriftliche Erlaubnis des zuständigen Polizeireviers haben.

Keine Feste der Stadt. Die allgemeine Rollage hat den Magistrat bereits seit längerer Zeit veranlaßt, Empfindung auf des äußerste einzuschränken. Der Magistrat hat nunmehr beschlossen,

seine Repräsentationspflichten in einer der Art der Zeit angepaßten Form auszuüben und grundsätzlich Empfänge, die mit Bewirtung verbunden sind, auch im Jahre 1931 nicht zu veranstalten. Die Stadt Berlin wird selbstverständlich die Gäste am Orte ihrer Tagung gern begrüßen; sie wird bei Tagungen oder Kongressen von besonderer Bedeutung die Vertreter der Organisationen auf Wunsch auch im Rathaus empfangen und begrüßen, von einer Einlobung zu Festessen aber absehen.

Giftgas im Nebel?

43 mysteriöse Todesfälle in der Gegend von Lütich

Brüssel, 5. Dezember.

Sechzehn Personen im Alter von 30 bis 70 Jahren sind in der Gegend von Engis bei Lütich auf mysteriöse Weise gestorben. Man glaubt, daß sie Gasvergiftungen zum Opfer gefallen sind. Es scheint, daß der dicke Nebel, der in den letzten Tagen die Gegend eingehüllt hat, Giftgas enthielt, die dieses Massensterben verursacht haben. Auch zahlreiche Haustiere sind verendet. Ob diese Giftausdünstungen aus einer benachbarten Fabrik herrühren, konnte bisher nicht festgestellt werden, wie die Affäre überhaupt noch völlig unauflösbar ist.

Lütich, 5. Dezember.

Nach den letzten Erkundigungen sollen die Todesfälle in der Umgebung der Stadt tatsächlich auf den dichten Nebel zurückzuführen sein, durch den an Bronchien leidende Personen erstickt wurden. Im ganzen sind 43 Todesfälle gemeldet worden, die sich auf fünf Gemeinden verteilen.

Erneuter Antrag für Bullerjahn.

Staatssekretär Joel lehnt ab!

Im Falle Bullerjahn hatte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld erneut den Antrag gestellt, den Beschluß auf sofortige Zurückführung Bullerjahns in das Zuchthaus in Brandenburg aufzuheben und ihn weiter im Untersuchungsgefängnis zu belassen. Der Antrag war damit begründet worden, daß sich plötzlich bei Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld neue Zeugen gemeldet haben, die insofern sehr wichtig erscheinen, als durch ihre Aussagen die Unschuld Bullerjahns noch deutlicher erwiesen werde als bisher schon. Staatssekretär Joel als Vertreter des Reichsjustizministers hat es aber abgelehnt, Bullerjahn im Raubtier Untersuchungsgefängnis zu belassen.

Student und Politik.

Die Ortsgruppe Berlin der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs veranstaltet am Dienstag, dem 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestraße 15, einen Vortragsabend, auf dem der preussische Innenminister, Genosse Sebering, zu dem Thema „Student und Politik“ sprechen wird.

Geisteskranker im Büro des Reichspräsidenten.

Im Büro des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße erschien gestern nachmittags ein Mann, der wütend Reden führte und sich den Beamten als „Reichskanzler Müller“ vorstellte. Da gleich gemerkt wurde, daß man es mit einem Geistesgestörten zu tun hatte, wurde unauffällig die Polizei alarmiert. Der Mann wurde festgenommen und nach der Untersuchung durch den Kreisarzt als gemeingefährlicher Geisteskranker nach Herzberge übergeführt. Es handelt sich um einen 32jährigen Kaufmann Hubert Müller aus Kammerow, Kreis Trebnitz, der erst am Freitagfrüh nach Berlin gekommen ist.

gehabt, das Schreiben mit dem Gerichtssiegel näher anzusehen. Etwas Gutes konnte es ja doch nicht sein. Da war es am besten, er wartete mit der Erledigung noch eine Woche, bis der große Bauauftrag an den Architekten Gütthlen geliefert war. Klappte die Sache, dann war der Verlust bei Hundstötter wenigstens zur Hälfte eingebracht, und dann ließ sich im Anschluß daran auch mal mit der gekränkten Schreibstiftfirma engros ein friedliches Wort reden.

„Ja, wenn es klappte!
Wenn!
Es klappte aber nicht!“

Fünf Tage vor der festgesetzten Lieferfrist kam ein eingeschriebener Brief des Architekten Gütthlen, in welchem er ankündigte, er könne die bestellte Bauarbeit zu seinem größten Bedauern nicht abnehmen. Sein Bauherr habe einen überraschenden Börsenverlust erlitten und sei außerstande, das Bauvorhaben weiterzuführen. Augenblicklich bestünde auch keine Möglichkeit, die in Auftrag gegebenen Arbeiten zu bezahlen, nicht einmal zum Teil. Die Abnahme der Arbeiten verzögere sich auf unbestimmte Zeit. Demzufolge solle Ludwig die Arbeiten ruhen lassen, bis er weitere Nachrichten erhalte.

So erschloß das Schicksal den Kleinunternehmer Tischlermeister Ludwig Eisermann mittels eines Einschreibebriefes von nicht mehr als zehn Zeilen.

Ludwig schrie nicht auf, als er diesen Hergschuß erhielt. Er rannte diesmal auch nicht in die Kneipe, um den Schmerz zu betäuben oder sich Mut zur unbedingt notwendigen Operation anzutrinken, nein, ganz still, ohne ein einziges lautes Wort, fast flüsternd, wie in einer Kirche, setzte er Sandow und dem andern Gefellen die Sachlage auseinander, zahlte ihnen sein letztes Geld aus und schloß den Betrieb.

Es wurde sehr still in der Werkstatt, wo ehemals unermüdlicher Fleiß gewaltet hatte. Der Raum war tot. Tot, jamohl! Auch Dinge können sterben.

Drei Tage lang rannte Ludwig wie ein Irrer in den Straßen umher.

Er mied jeden Verkehr mit Menschen. Zu Hause sagte er kein Wort von dem Unglück, das ihn getroffen hatte. Aber er wich Maria aus, wo er konnte, so daß ihr schließlich sein sonderbares verstörtes Wesen auffiel. Auch schaute er nicht nach seinem Töchterchen, der kleinen

Luis, die er zärtlich liebte, seitdem seine Schwiegermutter es in geschickter Weise verstanden hatte, ihm Interesse für das Kind abzugewinnen.

Unauffällig ging es abwärts.

Die Not stieg im Hause.

Maria bekam kaum mehr Geld in die Hand.

Das Schlimmste und Unerträglichste war, daß die Lieferanten, denen er zum Teil erhebliche Summen schuldete, ihm selber die Wohnung stürmten, wenn sie ihn nicht in der Werkstatt fanden.

Der Frechste und Zudringlichste war ausgerechnet der Holzhändler, der in den guten Zeiten gar nicht tief genug vor Ludwig lagbuckeln konnte.

Maria fertigte die Leute ab, so gut sie konnte. Sehr bald aber war sie am Ende ihrer Kräfte.

Wenn Ludwig beim Heimkommen ihre verweinten Augen sah, so wäre er am liebsten umgekehrt und hätte sich wieder in seiner verödeten Werkstatt eingeschlossen. Die toten Dinge dort hatten wenigstens keine Augen. Auch keine Kraft des Vorwurfs. Darum hätte er sich am liebsten zu seinen vermodenden Maschinen geflüchtet.

Als Vater Eisermann aus der Kneipe heimkam und, etwas unsicher auf den Füßen, dem Hauswirt die Tür aufschloß, sagte der: „Du, da hinten in der Werkstatt deines Sohnes brennt noch Licht!“

Der Schuster machte die Augen klein und lachte hinüber. Der Hauswirt hatte richtig gesehen, aus den verstaubten Scheiben fiel schwacher Lichtschein. Es schien, als ob drinnen ein Lichtfünkeln wie ein Irmisch bald hierhin, bald dorthin gleite.

Da schien etwas nicht zu stimmen. Die beiden gingen hinüber. Vater Eisermann packte mit beiden Fäusten an die Tür und schrie: „He, Ludwig, mach auf!“

Nichts rührte sich drinnen in der Werkstatt. Es blieb totenstill. Aber die Wanderung des ruhelosen Lichtfünkels hörte auf.

Vater Eisermann kam in Zorn. Es schien ihm demütigend, auf solche Weise um Einlaß bitten zu müssen.

Er klopfte stärker und stärker und trat endlich, als ihm die Fäuste wehtaten, mit beiden Fäusten gegen die Türfüllung.

„Zum Donnerwetter, mach doch schon auf!“

Eigenlich schrie er nur darum so laut, um seine bösen Ahnungen zu beschwichtigen.

(Fortsetzung folgt.)

W. Sozmann
G. Wöhrl
Unternehmer..

In dieser Zeit gingen Tausende und aber Tausende von Kindern abends hungrig zu Bett und morgens noch hungriger zur Schule.

Elend, wohnen man blühte, und nirgends schien ein Ende abzusehen.

Wirklich, eine tolle Zeit!

Besonders die Kleingewerbetreibenden erlagen der sich immer mehr verschärfenden Krise. Schwadenweise wurden sie dahingemäht, gingen im Proletariat unter oder wanderten aus, wenn sie noch so viel gerettet hatten, daß es für die Reiseflosten langte. Die alten Kravater jedoch, denen der Zusammenbruch meistens den letzten Funken Unternehmungslust auslöschte, schleppten sich fluchend durch eine Welt, die sie nicht mehr verstanden. Meistens verloren sie den letzten moralischen Halt, griffen zur Flasche und verkamen nach und nach als Pennsünder.

Es stellte sich bald heraus, daß aus der Hundstötterischen Masse nichts zu erben war.

Aus dem Möbelgroßhändler, der mit Zehntausenden um sich geworfen hatte, war ein Bettler geworden.

Sein großes Geschäft löste sich in ein Nichts auf. Nichts blieb davon zurück, nicht einmal ein Häuflein Erinnerungssache.

Der Mann mit dem Patriarchentopf und der Juniorchef mit den peinlich polierten Fingernägeln verschwanden spurlos aus Berlin. Niemand wußte, wohin sie untergetaucht waren. Nicht einmal die hübsche, brünette Kontoristin, der Ludwig einmal unversehens in der Stadtbahn begegnete.

Böse Jungen behaupteten, Hundstötter hätte seine Lieferanten betrogen und sei mit ziemlich viel Geld durchgebrannt.

Das vermochte Ludwig nicht zu glauben. Ja, einem Himmelsbach hätte er einen solchen Streich wohl zugetraut, nicht aber Hundstötter.

Uebrigens: Himmelsbach! War da nicht kürzlich eine Klagezustellung gekommen? Er hatte noch gar keine Zeit

Ueberfall auf Hotelpförtner.

Die Täter wieder entkommen.

Erst jetzt wird bekannt, daß in der Nacht zum Freitag der Pförtner eines Hotels in der Mittelstraße das Opfer eines Ueberfalls geworden ist. Gegen 2 1/2 Uhr befand sich der Nachportier, der 38 Jahre alte Gustav H., allein in seiner Loge, als zwei Männer ein Zimmer verlangten. H. wandte sich nach dem Schlüsselbrett um, als ihn die beiden mit einer Pistole bedrohten. Sie forderten die Herausgabe der Kasse. Der Pförtner konnte ihnen nur sagen, daß er außer seinem Privatgelde nichts habe. Die Männer durchsuchten seine Taschen und nahmen ihm die Brieftasche mit 42 M. weg. Mit den Schlüsseln versuchten sie, das Pult in der Loge zu öffnen, kamen damit aber nicht zum Ziel. Unter ständigen Drohungen nötigten sie den Pförtner dann, in eine Gaststube einzutreten, banden ihm dort mit einer Gardinenschur Hände und Füße. Mit der Beute flüchteten die Räuber. Es gelang dem Geseffelten, sich nach einiger Zeit freizumachen und den Hotelpförtner und die Polizei zu alarmieren. Von den Tätern war keine Spur mehr zu finden. Es sollen Männer von 25 bis 26 Jahren gewesen sein. Der eine war 1,70 Meter groß, der andere etwas kleiner. Einer trug einen braunen, sein Begleiter einen grauen Mantel.

Geheimrabatt gibts nicht.

Reinfall eines Hausbesizers vor dem Kammergericht.

Ein Hauswirt aus der Großen Frankfurter Straße hatte sich beim Einkauf von Koks für die Wasserversorgung seines Hauses einen Geheimrabatt vom Händler ausbedungen, den er nicht an sich selbst, sondern an seine Ehefrau zahlen ließ und dann bei der Berechnung der Heizungsumlage nicht berücksichtigte. Ein Mieter des betreffenden Hauses, dem dieses Verhalten des Hauswirts zu Ohren kam, klagte darauf auf Auszahlung des auf ihn fallenden Anteils dieses Geheimrabatts, da er sich auf den Standpunkt stellte, daß dieser mit der Auszahlung an die Ehefrau dem Hauswirt selbst zugute gekommen sei. Während das Landgericht I diese Klage abwies, hat jetzt das Kammergericht den Hauswirt verurteilt, die ihm oder seiner Ehefrau von Kokslieferanten gezahlten Geheimrabatte den Mietern gutzubringen, da nur diejenigen Kosten der Heizung umgelegt werden dürfen, die bei der Beschaffung des Brennstoffes tatsächlich entstanden seien.

Das Urteil im Spritschnuggel-Prozess.

In dem großen Spritschnuggelprozess wurde von Landgerichtsdirektor Böhmert, dem Vorsitzenden des Schöffengerichts Weßling, das Urteil verkündet. Von den sechzehn Angeklagten wurden dreizehn verurteilt und drei freigesprochen. Wegen bandenmäßigen Branntweins in Tateinheit mit Monopolsteuerverhinderung erhielt der Ingenieur Bauer ein Jahr zwei Monate Gefängnis und Geld- und Werkerstrafen von insgesamt 525 000 M., Kommerzienrat Karl Lindemann wegen desselben Vergehens unter Einbeziehung der gegen ihn bereits erkannten Strafe wegen Betruges durch Kurstreiber eine Gesamtstrafe von zwei Jahren neun Monaten Gefängnis, sowie Geld- und Werkerstrafen von 275 000 M., Otto Lindemann unter Einbeziehung der früheren Strafe von neun Monaten Gefängnis eine Gesamtstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis und Geld- und Werkerstrafen von 310 000 M., der Angeklagte Köhler sieben Monate Gefängnis und 300 000 M. Geld- und Werkerstrafen, doch für die Gefängnisstrafe Bewährungsfrist. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von drei bis neun Monaten und zu Geld- und Werkerstrafen bis zu 60 000 M. verurteilt. Die Brüder Karl und Otto Lindemann erhielten außerdem je drei Jahre Ehrverlust zuerkannt. Das Motorboot „Ange“ wurde beschlagnahmt.

Mieterprotest gegen die Notverordnung.

Der Reichsbund Deutscher Mieter E. B. (Sitz Berlin) hat bei sämtlichen Reichstagsfraktionen gegen die Bestimmungen der Notverordnung über die Senkung der Realsteuern und den Abbau des Mieterschutzes protestiert und gleichzeitig Erfüllung seiner Forderungen vom 8. Oktober d. J. verlangt. Der Bundesbeirat des Reichsbundes und Vertreter der größeren Vereine aus dem ganzen Reich werden am Sonntag, dem 7. Dezember, eingehend zu der Notverordnung Stellung nehmen und im Anschluß daran ihre Forderungen nochmals den einzelnen Reichstagsfraktionen unterbreiten.

Mozart am Friedrichshain.

Im Saalbau Friedrichshain versammelten die Volkshilfsämter Frenzlauer Berg und Friedrichshain ein zahlreiches Publikum zu einem Mozart-Abend. Die ausübenden Künstler des Abends waren das Berliner Sinfonie-Orchester unter seinem Dirigenten Dr. Kunwald und der Bläserchor Kurt Kamin; als Auktast die Overtüre zur „Zauberflöte“, dem das Klavierkonzert mit Orchester in D-Dur folgte. Hier bot der Solist des Abends eine prächtige, an Technik und Formschönheit voll ausgeglichene Leistung. Die Orgel Mozartscher Musik, Anmut und leichtschwingende Lebensbejahenden Frohsinns, kam in dieser guten Interpretation voll zur Entfaltung. Ueber die reizende Stimmungsmaterie der „Kleinen Nachtmusik“ leitete es zur Schlussvorführung der gewaltigen „Doppler-Sinfonie“ über. Es ist erfreulich, daß sich die volkshilfsamtliche Arbeit die Vermittlung solch großer, zeitloser Kulturwerte besonders angelegen sein läßt.

Eine Neuregelung, die sich nicht bewährte.

Der Polizeipräsident teilt mit: Am 3. Juni 1930 war eine Polizeiverordnung erschienen, die eine Neuregelung des bisher üblichen Meldebzwangs darstellte. Diese Neuregelung hat sich in Berlin nicht bewährt. Infolgedessen ist mit sofortiger Wirkung verordnet worden, daß die früher übliche polizeiliche Ab- und Wiederanmeldung in jedem Falle vorzunehmen ist. Weiterhin ist durch Ergänzung der früheren Verordnungen festgestellt worden, daß die Hauswirte oder ihre

Ein Racheakt?

Wiederaufnahmeverfahren im Fall des Eierhändlers Jürges.

Eibersfeld, 5. Dezember.

In Eibersfeld hat heute im Wiederaufnahmeverfahren die erneute Verhandlung eines Prozesses begonnen, der seinerzeit über Rheinland und Westfalen hinaus allgemeines Aufsehen erregt hatte, weil ein Kaufmann, der seine Schuld mit aller Entschiedenheit bestritt, auf Grund der Angaben zweier wegen Diebstahls entlassener Angestellten zu Gefängnis und Geldstrafe verurteilt worden war.

Es handelt sich um den Eiergroßhändler Jürges, der in den Jahren 1923/25 rund 3 Millionen Eier nach Eibersfeld eingeführt hatte und, wie immer bei solchen empfindlichen Sendungen, öfters Schadenerfahensprüche gegenüber der Reichsbahn wegen Beschädigungen an den Eiertransporten geltend machen mußte. Eine ganze Zeit später erhielt die Reichsbahn durch zwei entlassene Angestellte Jürges, die wegen Diebstahls ihre Stellung verloren hatten, eine Anzeige, daß bei diesen Schadenerfeststellungen Betrügereien vorgekommen seien. Jürges habe seinen an diesen Unternehmungen beteiligten Angestellten Anweisung gegeben, die zu untersuchenden Kisten so zu beklopfen, daß dabei noch weitere Eier zerbrochen würden und so ein größerer Schaden herauskomme, als er tatsächlich von der Bahn verursacht worden sei. Gegen Jürges wurde das Betrugsverfahren eingeleitet, und das Schöffengericht zu Eibersfeld verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe, lediglich auf die Angaben der betreffenden entlassenen Angestellten hin, während die Unschuldsbeteuerungen des Großhändlers keinen Glauben fanden. In der Berufungsinstanz wurde Jürges von der Großen Strafkammer nur wegen Anstiftung zum Betrug zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt, die von ihm eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, das Urteil also rechtskräftig. In jahrelanger Arbeit wurden in aller Stille Erhebungen über die näheren Umstände des Zustandekommens dieser Strafanzeige und über die Behauptungen der beiden Angestellten vorgenommen und dem Gericht so umfangreiches neues Tatsachenmaterial vorgelegt, daß nunmehr das Wiederaufnahmeverfahren in Gang kam und heute der ganze Fall neu aufgerollt wird.

In der Beweisaufnahme wurde als erster Zeuge der Lagerverwalter Arthur Greff vernommen, der von 1919 bis

1924 Lagerist bei dem Angeklagten Jürges gewesen war. Der Zeuge Greff hatte sich in den ersten Instanzen selbst bezeugt, daß er im Auftrage von Jürges in den Eisenbahnwaggons Kisten, die von den Bahnbeamten oder den Sachverständigen für die Untersuchung angezeichnet worden waren, mit schwer beschädigten Kisten vertauscht zu haben. Diese Beschädigungen wiederholte er auch in seiner gestrigen Aussage und behauptete weiter, er habe in Gegenwart des Reichsbahninspektors Borchert in dem Geschäft von Jürges bei der Untersuchung der beschädigten Kisten absichtlich viele Eier kaputtgeschlagen, um eine höhere Entschädigung herauszuholen. Die Sachverständigen und die Reichsbahnbeamten, die die Schätzung des Schadens vorzunehmen hatten, hätten angeblich von seinen Manipulationen nichts gemerkt. — Ähnlich äußerte sich der Kaufherr Friedrich Schmidt, der behauptete, daß er im Lager von einem Nebenraum aus gehört habe, wie Greff in Gegenwart des Bahnbeamten Borchert absichtlich viele Eier kaputtgeschlagen habe. Der Eisenbahninspektor Borchert trat den Aussagen der Zeugen in der schärfsten Weise entgegen und erklärte, daß er niemals amtswidrige Handlungen gebildet, sondern daß er die Angestellten von Jürges sofort zur Anzeige gebracht hätte, wenn man in seiner Gegenwart versucht hätte, eine Schiebung vorzunehmen.

Die Nachmittagsverhandlung gestaltete sich überaus dramatisch, da durch die Befragung des Zeugen Greff im Gerichtssaal die bisherige Anklage gegen den Kaufmann Jürges zusammenbrach. Der Vorsitzende hielt dem Zeugen vor, daß er im Laufe der Voruntersuchung und der beiden Prozesse in den Vorinstanzen nicht weniger als sechsmal seine Aussage über die angebliche Straftat des Jürges geändert habe, wofür er eines Tages zu dem Eibersfelder Anwalt Schuster gegangen sei und diesem ein Schriftstück übergeben habe, in welchem Greff erklärte, daß seine Unschuldbeteuerungen gegen Jürges erlogen gewesen seien, und daß er sich nur durch die Drohungen einer Frau Windhövel, einer Freundin des Jürges, zu seinen falschen Bezeugungen habe verleiten lassen. Seine Darstellung, daß er Eierkisten vertauscht oder Eier in Gegenwart von Sachverständigen beschädigt habe, sei falsch und technisch ganz unmöglich. Der Zeuge Greff vermochte längere Zeit keine Antwort zu geben und erklärte dann plötzlich, er habe vor jenem Rechtsanwalt nur Theater gemacht, weil er gedacht habe, daß sein Freund Schmidt zum Reineid verurteilt werden sollte.

Freie Sozialistische Hochschule

Heute, Sonnabend, den 6. Dezember, 19 1/2 Uhr, im Plenarsaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 3 Vortrag des Genossen Professor Ernst von Aster, über

„Karl Marx und die Gegenwart“

Karten zum Preise von 50 Pf. (einschl. Garderobe) sind auch noch an der Abendkasse zu haben.

Beauftragten für die Einreichung der Meldeheine verantwortlich sind.

Beseitigtes Halenkrenz.

Wie im „Vorwärts“ berichtet, prangte das Bahnhofsgebäude in Jossen einige Tage im Schmutz eines Halenkrenz. Die Republikanische Beschwerdebüro Berlin, die bei dem Vorstand des Reichsbahnbetriebsamts Berlin 8 vorstellig geworden war, erhielt folgenden Bescheid: „Bei Eingang Ihres Schreibens war das fragliche Plakat bereits entfernt. Die Reinigung der Säule und Wände von Plakaten erfolgt schon seit Jahren planmäßig durch eigens dazu bestimmte Angestellte. Das erwähnte Plakat kann daher nur ganz kurze Zeit an der Wand irgendeines Schuppens angeklebt gewesen sein. Nach einer Polizeiverordnung der Stadt Jossen vom 24. März 1914, die auch jetzt noch Gültigkeit hat, ist das Ankleben von Plakaten verboten. Desehmungachtet kommt es aber immer wieder vor, daß von den sogenannten Klebetolonen meistens während der Nachtzeit Plakate angebracht werden. Nur selten gelingt es, die Täter zu fassen und zur Anzeige zu bringen. Der Bahnhof Jossen hat erneut Anweisung erhalten, für beschleunigte Entfernung angeklebter Plakate zu sorgen.“

Die jüdischen Gemeindevahlen.

Die letzten Wahlen zur Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde zu Berlin, die mit einer Stimmabgabe von mehr als 70 000 Wählern eine ungewöhnlich große Beteiligung gefunden hatten, ergaben folgende vorläufige Verteilung der 41 Mandate: 24 Liberale, 14 Jüdische Volkspartei (Zionisten), 1 sozialdemokratische Liste „Poale Zion“, 1 Religiöse Mittelpartei und 1 Ueberparteiliche Vereinigung. Danach haben die Liberalen 14 Mandate, die Zionisten insgesamt 7 Mandate gewonnen.

Rückkaufrecht ausbedungen!

Der Zollingenieur A. war im Jahre 1928 geschieden worden, kam aber der Unterhaltspflicht gegenüber seiner Ehefrau nicht nach und mußte den Offenbarungseid leisten, verschleß aber einige wertvolle Gegenstände, die er von seiner Frau vor der Ehe bekommen hatte. Nunmehr wegen schuldigen Falleschleides unter Anklage gestellt, behauptete A., daß er die Sachen für 200 M. verkauft hätte. Der Käufer habe ihm aber gestattet, die Sachen zu tragen und es sei auch ausbedungen worden, daß er sie nach und nach zurückkaufen könnte. Der Käufer, ein befreundeter Stadtinspektor, bestätigte das auch, gab aber an, daß der Angeklagte sich das Rückkaufrecht ausbedungen hatte. In dem Verlaufe dieses Urteils, aus dem die klagende Ehefrau Besitzansprüche hätte herleiten können, erklarte das Schwurgericht einen schuldigen Falleschleide und verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis.

Scala im Dezember.

Für den Weihnachtsmonat hat sich die Scala ein munteres Programm zurechtgebaut, das nach seiner Hinsicht die Herzen beseligen soll. Schredenszerfüllte Artstik, die den Zuschauer die Augen schließen läßt, ist verpönt; man bevorzugt den Humor, der auch das Schwierige leicht erscheinen läßt. Da hinein passen die Frauteilnis, die klassischen Cloons, die noch immer wissen, wie man es anstellen muß, um die Leute herzlich zu amüsieren. Wie gute Zirkusrezepte nach neuem Geschmack zurechtgemacht; niemand weiß so recht, warum es noch so unverbraucht anmutet. Die Dame Daros hat zur Hilfe einen richtigen Equilibristen, dessen Leistungen sie gründend und kröhend mit der Selbstverständlichkeit eines echten Raders so zu beherrschend vertritt, daß auch für sie noch genügend Gliedererentungen übrig bleiben. Aus der gleichen amerikanischen Riste kommt Kerkland, der Mann, der mit einer Leiter in der Balance und einer Papierdüse, die anders will, die Leute in Atem hält — eben weil eine Leiter und eine Papierdüse einfache Dinge sind, um die sich ganz und gar kein artistischer Zauber windet. Williams-Bono sind Springer einer Klasse, die man selten sieht, und die Krabertuppe Bonamans steht ihnen an Gewandtheit nicht nach. Natürlich gibt es auch einen amerikanischen Tanzakt Digananos; Akrobait in langen Röden, nicht gerade sensationell, aber gut anzusehen. Pepinos komische Dressuren von Ponys und Hunden fügen sich gut in die Reihe der munteren Dinge.

Der Weihnachtsmann landet in Tempelhof. Am heutigen Sonnabend, dem 6. Dezember, um 14 Uhr, wird der Weihnachtsmann, begleitet vom St. Nikolaus, in einem Luft-Janfa-Großflugzeug auf dem Flughafen Tempelhof ankommen. Die Berliner Funkstunde und die Deutsche Welle werden den Empfang des langbartigen Herrn übertragen. Alfred Braun wird die Reportage in der Zeit von 14 bis 14 1/2 Uhr besorgen. Eintritt, wie gewöhnlich, für Erwachsene 25 Pf., für Kinder 10 Pf.

Rose-Theater: „Familie Hannemann“. Die Familien-Nachmittage im Rose-Theater, wo man im Rahmen des größtmöglichen Preisabbaus heitere Kunst nebst würzigem Kaffee serviert, haben sich bestens eingeföhrt. Auch die zweite „Lustige Kaffeestunde“ am Dienstag hat ein zahlreiches Publikum, das sich bei der Aufführung des Schwankes „Familie Hannemann“ köstlich amüsierte. Wenn auch ein bischen Humor von vorgestern, der in seiner oft allzu großen Harmlosigkeit auf etwas schwachen Beinen steht, so tut eine gute Regie und bestgeeignete Darsteller alles Mögliche, die Sache „geniebar“ zu gestalten. Der außerordentliche Humor von Long Harmon und die handfeste Komik von Hilde Hofer sorgen dafür, daß die gute Stimmung nicht abbricht.

Casino-Theater: Der keusche Lebemann. Wenn auch die These vom erlebnisarmen Bockisch, dem nur ein Mann mit Vergangenheit imponieren kann, nicht mehr zeitgemäß ist, so lacht man doch viel und herzlich, wenn das ach so brave und mehr als biedere Kaufmannsaktotum Steglitz als kesser Don Juan humpieren mußte. Der Chef will nun mal die Liebeslust im eigenen Laden und so wird aus dem Buchhalter mit eisernem Schiffs, Röllchen und Korzenleberhöchen ein „Unüberlebenslicher“ mit allen dazugehörigen Kleidstücken und sonstigen Attributen. Das Hauptmoment, das ihn zu seinem Glücke verhelfen soll und es auch tut, ist die singlette Liebeshait mit der berühmten Plümdiva, die kein Chef und Schwirgeronater in spe geschickt imzenierte. Aus tausend Schwulitäten und komischen Situationen führt des Pleurolebenshabers dornenvoller Weg denn auch in die weitgeöffneten Arme des holden Lagerweins. Die Darsteller verhalten dem lustigen Durcheinander zum Erfolg. Vorher gab es einen guten Varietö-Tell mit musikalischen, akrobatischen und gefönglichen Darbietungen.

Boenicke-Zigarren

WELTPREIS CORONAS N°2

SANDBL. 15 Pf.

Wegen beträchtlicher Steuer-Erhöhung (in Konsum-Preislogen bis zu 50%) ist baldige Entdeckung sehr zu empfehlen. Illustr. Preisliste kostenfrei.

Weltpreis - Sortiment

10 Pf. *Sancti* 15 Pf. *Sancti* 20 Pf. *Sancti*

Sämtlich im Coronas- sowie spätem Format.

Von außergewöhnlicher Preiswürdigkeit!

das begehrte Geschenk!

Otto Boenicke, Berlin W8, Französische Str. 21 und Zwiggendamm

Die Sicherheit der Straße.

Eine Verkehrsausstellung in der Hasenheide.

„Die Sicherheit der Straße“ betitelt sich eine Verkehrsausstellung, die im preussischen Polizeiministerium für Technik und Verkehr in der Hasenheide eröffnet wurde.

Der Präsident des Polizeiministeriums für Technik und Verkehr, Paetsch, begrüßte die zur Eröffnung der Ausstellung erschienenen Gäste und erwähnte, daß die Sammlung über den ursprünglichen Verkehrszweck, der polizeilichen Ausbildung zu dienen, weit hinausgewachsen sei. Studierende, zahlreiche Vertreter in- und ausländischer Behörden, besonders Sachbearbeiter für das Verkehrswesen, sowie die Verkehrsreferenten Preußens und anderer deutscher Länder hätten bereits Gelegenheit, die Ausstellung zu sehen. Die Polizei müsse auf diesem Gebiete mit allen in Betracht kommenden Stellen zusammenarbeiten, alle Anregungen, die der Unfallverhütung dienen, zur Kenntnis nehmen, und ihrerseits diese Anregungen in entsprechend verarbeiteter Form weitergeben. Polizeimajor Langenscheidt erläuterte die Gliederung der Ausstellung. Die Innenräume enthalten, übersichtlich geordnet, zahlreiche Tabellen, Modelle, Versuchsobjekte usw., die das gesamte Gebiet des Straßenverkehrs betreffen. Ausgehend vom Verkehrsrecht, über die Verkehrsverwaltung zur Verkehrspolizei, ihren technischen Hilfsmitteln und ihrer Ausbildung, wird die Unfallverhütung, das Straßenbauwesen, die Verkehrsmittel, die eigentliche Verkehrstechnik und die polizeiliche Unterordnung von Verkehrsunfällen gezeigt. Die Ausstellung auf dem Freigelände enthält eine fast vollständige Sammlung aller Fabrikate von Verkehrsschildern. Alle Arten und Ausführungen, angefangen vom einfachen emaillierten Farbenschild über hellleuchtende Rückstrahler, bis zu Schildern mit eigener Lichtquelle, stehen hier, seit Jahr und Tag der Bitterung ausgesetzt, zur vergleichswissen Erprobung der Haltbarkeit und Wirksamkeit nebeneinander. Auf dem Hof des Instituts wurden sodann Brems-, Anfahr- und Schleuderversuche zum Kennzeichnen der Wechselwirkung zwischen Fahrzeug und Fahrbahn gezeigt. Dabei ergab sich die interessante Tatsache, daß Beschleunigungen des Bremsweges durch die Fahrzeuginsassen nur mit besonderer Vorsicht zu bewerten sind. Endlich wurden durch einen Versuch auf einer durch Öl schlüpfrig gemachten Fahrbahn die Ursachen des Schleuderns erläutert. Zum Schluss führten Dr. Müller und Dr. Lubrich, wissenschaftliche Assistenten des von Professor Ach geleiteten psychologischen Instituts einige Versuche in der im Polizeiministerium untergeordneten Forschungsstelle vor. Aus der zahlreichen Reihe der Versuche wurden das „Ablenkungssehen“, „Unterstützungen über Sperrzeichen“ und das „Problem der Strecksekunde“ herausgegriffen.

Die Ausstellung soll durch ständige Verbesserung ohne Inanspruchnahme eines größeren Raumes und weiterer Geldmittel ständig ausgebaut werden.

Politische Plakate.

Die Deutsche Hochschule für Politik veranstaltet in ihren Räumen Schinkelplatz 6 eine Ausstellung politischer Plakate, die wieder recht beachtenswert ist. Es ist dies die dritte politische Plakatshow, die von der Hochschule für Politik gezeigt wird, wenn sie auch nur geringen Umfang hat — es sind nur Plakate aus dem letzten Wahlkampf zu sehen —, so bringt sie dem politisch Interessierten doch manche Anregungen und vor allem Vergleichsmöglichkeiten; besonders aber, und dies gilt für die Mehrheit der Plakate, die besten Beispiele, wie ein wirksames politisches Plakat nicht aussehen soll. Ein bestimmtes, bei allen Parteien wiederkehrendes Motiv — wie man bei den englischen Wahlplakaten beobachten konnte, die im Juni vergangenen Jahres an der gleichen Stelle gezeigt wurden und auf denen das Problem der Arbeitslosigkeit und das Werben um die Stimmen der jungen, jenseit erst wahrheitsgemäß gewordenen Frauen vorherrschend war — fehlt hier ganz. Ueberhaupt fällt der Vergleich mit den englischen Plakaten nicht gerade zugunsten der deutschen aus. Bei den Engländern war Bild, Spot, Satire vorherrschend; Berufung der gegnerischen Parteiführer, die selten in persönliche Gehässigkeiten ausartete, wie das bei uns der Fall ist. Bestes Beispiel dafür ein Plakat der Nazis, das Photos ihrer eigenen und gegnerischer Parteiführer aufweist. Die eigenen Leute werden in einer widerlichen und etelhaften Weise als Helden und heilige verherrlicht, während die anderen alle Schieber und Verräter sind. Uebrigens: manche der Herren Nazis würden auch im Semi-Gotha nicht auffallen.

Die Ausstellung bleibt nur bis Freitag geöffnet, nächste Woche folgt dann eine Ausstellung von Plakaten aus dem letzten österreichischen Wahlkampf.

Reichsbanneraufmarsch in Neukölln.

Am Sonntag, dem 7. Dezember, veranstaltet das Neuköllner Reichsbanner im Rahmen einer vierzehntägigen Werbeweche einen Aufmarsch. Die Reichsbannerkameraden treten um 14 Uhr am Ringbahnhof Neukölln an und marschieren dann zur Großsiedlung Britz. Dort wird um 16 Uhr am Aufmarsch der Landtagsabgeordnete Harnisch sprechen. Am 12. Dezember veranstaltet das Neuköllner Reichsbanner eine republikanische Feterkünde bei Klams. Ganzvorsichtiger Stellung hält dort die Ansprache.

25 Jahre Autofeuerspritze.

Ein Jubiläum der Berliner Feuerwehr.

Nach vor dreißig Jahren waren in Berlin bei Bränden vielfach die Handdruckspritzen in Gebrauch, wobei auf jeder Seite sechs Mann die Pumpenschwengel bedienten. Zuweilen ließ sich zu diesem Geschäft auch ein neugieriger Zuschauer anwerben, der dann für seine Hilfeleistung eine Mark einheimste.

Im Jahre 1830, also vor hundert Jahren, wurden in England die ersten Dampfspritzen von den beiden Engländern Braithwaite und Ericson gebaut. Berlins erste Dampfspritze war noch englischer Herkunft und trat im Jahre 1876 zum ersten Male in Tätigkeit. Im Jahre 1882 war es soweit, daß jede Kompagnie mit einer Dampfspritze ausgerüstet war. Das Heizen der Spritzen mit Holz und Kohle aber, bis die notwendige Dampfkraft vorhanden war, erforderte etwa zehn Minuten — für die Feuerwehr eine lange Zeit. Um sie abzukürzen, probierte man es mit der Petroleumheizung; sie erwies sich so vorteilhaft, daß sie nach und nach eingeführt wurde. Am 2. November 1905 konnte die erste Automobil-Dampfspritze eingestellt werden. Die Dampfkraft, die bisher nur zur Löscharbeit diente, wurde jetzt auch zum Antrieb für das Fahrzeug benutzt. Die Automobilspritze erhielt einen Dampfessel mit Petroleumheizung; eine bedeutende Vereinfachung, eine wesentliche Abkürzung des Heizverfahrens und eine erhöhte Betriebsbereitschaft war damit erreicht. Es war eine heisse Sache, als man es unternahm, mit ihr unter eigener Dampfkraft die Straße von Baugen, ihrem Geburtsort — nach Berlin zurückzulegen; aber es ging alles gut, und es wurde eine Geschwindigkeit von 25 Kilometer in der Stunde trotz schlechten Strohpflasters und trotz Fahrtunterbrechungen erreicht.

Der erste vollständige Automobil-Löschzug mit Gasspritze, Gerätemagen, mechanischer Leiter und Dampfspritze ist in Berlin im Jahre 1908 eingestellt worden. Nur wenige Jahre dauerte es, so wurde der Löschbetrieb abermals durch eine weitere wichtige Neuerung verbessert: an Stelle der Dampfspritze trat nämlich die Motorspritze. Die Gasspritze wurde dadurch aber nicht überflüssig. — Bevor die Motorspritze ihre sehnlichst erwartete Löscharbeit beginnen kann, weil sie erst mit einem Hydranten verbunden sein muß und weil ihre Schläuche erst ausgelegt sein wollen, ehe sie Wasser geben kann, tritt die Gasspritze in Tätigkeit. Diese besteht aus zwei auf dem Fahrgestell angebrachte Wasserbehälter mit 400 Litern Inhalt. Die Wasserlöschwagen mit zwei Kohlenäureflaschen durch dünne Kupferröhren in Verbindung; es dringt beim Dehnen der Flaschen die Kohlenäure unter starkem Druck in die Wasserbehälter und treibt das Wasser in den Schlauch. Der Hauptzweck dieser Spritze besteht also darin, sofort am Brandherd Wasser zu geben, bevor die Motorspritze in Funktion tritt.

Die Motorspritze besteht aus einer Rundlauspumpe, die in der Minute etwa 2000 Liter Wasser gibt. In ihrer Handhabung ist ein Motor mit Benzolantrieb eingebaut, der erst an der Brandstelle angelassen wird. Das Fahrzeug selbst wird auf elektrischem Wege fortbewegt. Infolge ihres verhältnismäßig kleinen Umfanges ist die Pumpe unter dem Fahrgestell eingebaut, so daß auf dem Fahrzeug Leitern, Geräte und Mannschaften Platz finden können. Bei der Dampfspritze war dieses nicht möglich, weil der große Kessel mit der Pumpe für sich den größten Raum beanspruchte. Die neueste Motorspritze ist gleichzeitig Gasspritze.

Funkwinkel.

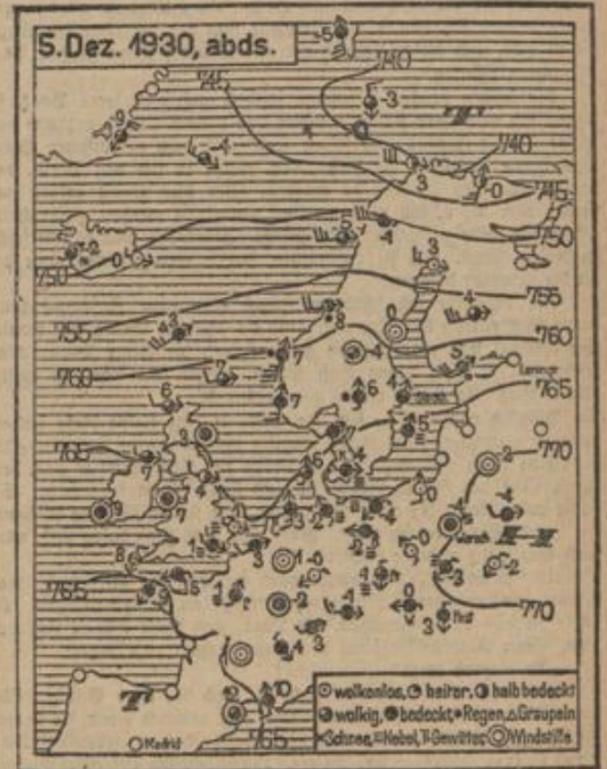
B. D. Somin las am Nachmittag eigene Werte. Eine größere, novellistisch gerundete Skizze zeigte scharfe Beobachtungsgabe und prägnante Ausdrucksfähigkeit. Aber was war beachtet, was aufgezeichnet? Ein sich selbst betrachtendes Ich, das inmitten der eigenen engen Gefühlswelt sich als Mittelpunkt der Welt empfindet. Nichts, was jenseits dieses Ich-Bereichs sich bewegt, wurde in der Skizze lebendig. Ein großer Kreis junger Schriftsteller unserer Zeit schreibt ähnlich. Ihre Werte können höchstens denen interessant sein, die ihresgleichen sind. Nur wer sich als Teil der Menschheit, als Teil seiner Zeit fühlt, kann zur Menschheit sprechen. Gießt Köpfe belohnt zwar, fast ein wenig verwundert, in der Einführung zur „Stunde der Unbekannten“ — die den nicht ganz glückselig gewählten Oberbegriff „Das Podium“ trägt —, daß die vornehmlich vollsten dichterischen und schriftstellerischen Arbeiten, die ihm zugesandt werden, meist von Leuten stammen, deren Beruf in einer ganz anderen Richtung als der des Schriftstellers liegen. Man hörte u. a. eine Skizze „Der Ritt im Gewitter“ eines Arbeiters aus München-Grubbad, eine podende, lebendige Schilderung; Verse wurden rezitiert, deren Verfasser Büroangestellte waren. Eine sehr reife Arbeit „Interview mit einem Grubenpferd“ stammte von einem Schüler. Dieser junge Mensch hat mit künstlerischer Eindringlichkeit Probleme vom Leben und Lebenskampf gestaltet — was man von anerkannten jünger Dichtern heute nicht allzu oft behaupten kann.

und Mannschaftswagen, ihr Motor dient zugleich für den Fahrzeugantrieb.

Es war ein langer Weg vom Handdruckbetrieb bis zur Motorspritze, und die Feuerwehr steht heute technisch in höchster Entwicklung da.

Wohnstättenschein der reichsten Sozialisten. Genosse Maxime Blier spricht am kommenden Sonntag, 7. Dezember, 10 Uhr, im Rahmen einer reichhaltigen Feterkünde in der Teufelsdröckchen, Charlottenburg, Karl-Marx-Allee, über das Thema: „Die Wette für den Weltkrieg“. Am Sonntag, 14. Dezember, 17 Uhr, findet die Wette für den Weltkrieg im Reichshaus, Charlottenburg, Berliner Str. 15, statt. Im Mittelpunkt steht die Rede des Genossen Blier, Gefangenorträge, Ueberrassungen. Eintritt 60 Pf. Kinder unter 10 Jahren haben freien Zutritt. Bliers Auskünfte erteilt W. Schönberr, L. Berghöfer, Berlin-Estern, Schönberr Str. 14, Telefon Estern 8174.

Allgemeine Wetterlage.



Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet hat sich langsam weiter abgeschwächt. Sein Kern liegt jetzt über der Ukraine. Das Wetter war daher beständig. Im mittleren Norddeutschland, wo es wieder stark neblig war, herrschte dauernd Frost. Freitag abends wurden vielfach 4 Grad Kälte gemessen. Luftdruckfall über Südschweden und den südlichen Ostseeländern wird vermutlich dazu beitragen, daß die westlichen Winde, die dort schon länger wehen, nach Süden an Raum gewinnen. Daher ist bei uns mit einer langsamen Milderung zu rechnen. Da aber die Luftdruckunterschiede über der nördlichen Hälfte Europas immer geringer werden, wird die Luftbewegung noch schwach bleiben. Infolgedessen wird auch die Neigung zu Nebelbildung anhalten.

Wetterausichten für Berlin: Vorwiegend nebligtrübe mit geringer Erwärmung. — Für Deutschland: Nimmlich ruhiges Wetter bei verbreiteter Nebelbildung, in der nördlichen Hälfte des Reiches etwas Temperaturanstieg.

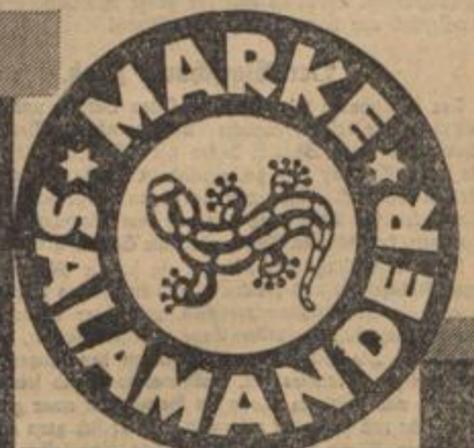
Der neue Loeser-u.-Wolff-Katalog ist erschienen. Man hat sich nicht auf eine mustergetreue, vollendet klare Katalogisierung der Produktion in den verschiedenen Preislagen beschränkt, es ist vielmehr ein Almanach geschaffen worden, ein auf Warenkunde und Käuferberatung beruhendes Werk von hohem, künstlerischem Reiz. Reiches photographisches Bildmaterial und glänzend gelungene Zeichnungen in malerischer Holzschnitt-Technik illustrieren nicht allein das Schaffen in den Werken von Loeser u. Wolff, sondern auch Aufbau und Pflege des Tabaks in den verschiedenen Ueberseeländern und den Transport der Ballen bis in die Fabrikatoren. Die Zentralverwaltung von Loeser u. Wolff, Berlin W 35, Rotsdamer Straße 24/25, sendet auf Anforderung Interessenten das 64seitige Buch kosten- und portofrei zu.

In diesen Tagen richtet sich jeder den Kopf, was er zu Weihnachten kaufen kann. Eine Schallplatte, wie sie die Carl-Friedrich-W.G. herausbringt, bereitet eine ganz besondere intensive und nachhallige Freude, und bei dem außerordentlich reichhaltigen Programm ist es für niemanden schwer, etwas Geeignetes herauszufinden. In jedem Musikgeschäft kann man Oberplatten anhören, und wer einmal Oberton hört, schwört auf Oberton.

Ein kurzer Entschluss

ist der Kauf von Salamander-Schuhen, denn sie erfüllen alle Anforderungen:

Tadellose Paßform
Beste Verarbeitung
Große Preiswürdigkeit



SALAMANDER

Max Barthel: Scherenschnitte aus dieser Zeit

In unserer chaotischen Zeit sind auch die meisten Menschen chaotisch, und wie in einem Panoptikum hauptsächlich Würder oder Heiden ausgestellt werden — es gibt aber auch romantische Abteilungen —, so haben auch die großen Zeitungen ihre Schredenssammlern. Im Gegensatz zu einem Panoptikum werden in den großen Zeitungen jeden Tag die Figuren ausgewechselt, tragische und komische, und wir wollen heute einige Figuren näher betrachten. Die erste Figur tritt auf in der Geschichte:

Der Schein trügt

Georg Keller, ein junger Mann von zweiundzwanzig Jahren, lernte in einem Tanzlokal ein hübsches Mädchen kennen. Sie stand gerade in einem Streit mit einem zweifelhaften Kadaver, Herr Keller schlichtete den Streit und bot seinen Schutz an. Das Fräulein dankte, wurde rot und lachte bald, denn der junge Mensch verstand scheinend zu plaudern.

Bald sah er an ihrem Tisch, tanzte einen verführerischen Tango, beglückte selbstverständlich die kleine Zecher seiner Dame. Endlich brachte er das hübsche Mädchen auch nach Hause. Die Heimwege aller jungen Leute dehnen sich endlos, die Umwege sind mit die schönsten Wege, die es gibt, und dieser Umweg nun führte durch einen großen Park mit vielen Bänken.

Die beiden jungen Menschen fanden auch eine leere Bank, sie saßen sich und Herr Keller erzählte aus seinem Leben, erzählte von seiner harten Jugend und seiner Sehnsucht nach ein bißchen Glück. Das kleine Fräulein, sie hieß Dora, fühlte in sich den Beruf, den armen Burschen glücklich zu machen. Wer nun zuerst geküßt hat, Georg oder Dora, soll nicht genauer untersucht werden, wahrscheinlich haben beide zu gleicher Zeit geküßt. Jedenfalls war es sehr schön in diesem Park. Als sie aufbrachen, durste Georg seine Dame bis an die Haustür bringen.

Sie bedankte sich schön, versprach eine neue Zusammenkunft und schloß endlich das Tor auf. Und da schlüpfte Georg mit hinein. Sie erschrak und war zugleich gezeichnet, die kleine Dora. Vielleicht will er noch einen Kuß haben, dachte sie. Aber er wollte keinen Kuß. Er wollte etwas ganz anderes.

Plötzlich räusperte er sich, als wolle er eine kleine Rede halten, aber er hielt auch keine Rede, plötzlich überfiel er im dunklen Flur die kleine Dora und hielt ihre Mund zu. Dann griff er nach dem Handgelenk des kleinen Fräuleins und knaute die Armbanduhr. Sie bebte und zitterte, die arme Dora, und Herr Keller flüsterte drohend: „Kein Wort, keinen Laut. Wenn Sie nicht ganz ruhig sind, wird noch was ganz anderes passieren.“

Und es passierte noch etwas ganz anderes. Er griff nach ihren Ohren und versuchte, die hüßigen Ohringe an sich zu dringen. Da schrie sie auf vor Schmerzen, die Dora, und dann öffnete sich eine Tür. Frau Goldschmidt hatte den Schrei gehört und fragte: „Ist jemand dort?“

Sie drehte das elektrische Licht an, und der Herr Georg Keller rannte davon. Frau Goldschmidt war eine resolute Frau, sie rannte dem jungen Burschen nach und begann zu schreien. Fräulein Dora stand in dem Hausflur und meinte. Der Flüchtling lief einer Polizeistreife in die Arme und wurde verhaftet. Die vertrauensvolle Dora aber war von nun an mit neuen Bekanntschaften etwas vorsichtiger.

Die Glazerintränen.

Die Krokodilstränen sind bekannt genug, heute sollen die Glazerintränen bekanntgemacht werden, die künstlichen Tränen der weltberühmten Filmhelden. Diese Geschichte spielt in Hollywood, in Californien, USA, und Mary Pickford, gerührt über das grauenvolle Glend der Filmkompanie, beschloß, den armen Teufeln zu helfen. Sie veranstaltete eine Wohltätigkeitsmatinee. Aber das war ein großer Mißerfolg.

Gold scheint magnetische Kräfte zu haben und sich von seinen Besitzern nicht trennen zu wollen, vielleicht ist es auch umgekehrt, aller Wahrscheinlichkeit nach ist es umgekehrt, kurz und gut, nicht lange nach der Mission der Mary Pickford erschien in einem hollywooder Filmbüro folgende Glosse:

„Wir haben in Hollywood eine Anzahl der reichsten Geschäftslente der ganzen Welt. Dreizehn Männer zum Beispiel verdienten im letzten Jahre 3350 750 Dollar. Mary Pickford ging bei den reichen Kollegen für die hungernden Kollegen sammeln und brachte nicht mehr als 85 000 Dollar zusammen. Wer von den Herrschaften gab nun für die armen Kollegen? 211 Schauspieler spendeten rund 25 000 Dollar, 100 Regisseure 22 000 Dollar, 91 Filmbildretoren 21 000 Dollar, 133 Techniker, die Männer tiefenden Edelmutts, 5000 Dollar, 531 technische Arbeiter 3000 Dollar und die 2134 Büroangestellten schließlich 10 000 Dollar.“

Das jährliche Gesamteinkommen der hollywooder Filmtatone beträgt jährlich 65 000 000 Dollar!

Was waren die einzelnen Erlebnisse der guten Mary? Ein weltbekannter Star, der im letzten Jahre über 200 000 Dollar verdiente, bot zunächst einen einzigen Dollar an! Dann, nach herzdrehenden Kämpfen, gab er ganze fünf Dollar! Und eine junge Divo, die mit ihren Kintertüchchen sich ein großes Vermögen macht, gab überhaupt nichts. Sie erklärte:

„Ich halte von der Wohlthätigkeit nichts!“

Dann ging sie zur Aufnahme und meinte Glazerintränen. Was die Mary Pickford selbst gegeben hat, ist in dem Bericht nicht verzeichnet. Vielleicht war der ganze Wohltätigkeitsrummel ein guter Einfall von dem Manager der Mary!

Der Warschauer Platz.

Der Warschauer Platz liegt im Osten Berlins und ist selten ein Schauplatz für eine fröhliche Angelegenheit. Der Schulkollegat Vämmermann zum Beispiel dachte gern über die Schlichtheit der Welt nach. Er trug eine goldgeränderte Brille und einen schwarzgefärbten Vollbart. Also, auch an diesem Tage dachte er über die Schlichtheit der Welt nach, und auf dem Warschauer Platz sah er mit eignen, kurzfristigen Augen eben die Schlichtheit der Welt!

Über den Platz eilte nämlich ein junger Mann, Hof auf ein junges Mädchen zu und drückte sie ans Herz! Das Mädchen freilachte, wie eben junge Mädchen freilachen, und Herr Vämmermann, der einen Raubüberfall am hellen Tage zu sehen glaubte, rief ganz laut nach Hilfe. Die Polizei kam und nahm den jungen Mann trotz seines heftigen Protestes fest. Vämmermann gab seine Adresse als Zeuge an und stolzierte davon im Bewußtsein einer guten Tat. Er war so sehr mit sich selbst zufrieden, daß er sich gern einen Kuß auf den eigenen Mund gegeben hätte. Das ging leider nicht, und so strich er sich nur liebevoll den schwarzen, gefärbten Vollbart. Zu Hause erzählte er die Geschichte und ließ sich als Held feiern.

Herr Vämmermann war kein Held.

Am nächsten Tage las er die Zeitung; das den Polizeibericht von gestern:

„Der Mann, der auf dem Warschauer Platz unter dem Verdacht eines Raubüberfalls festgenommen wurde, ist ein vierundzwanzigjähriger gewisser Kurt Kreh, der lange Zeit keine Arbeit gehabt hatte. Endlich hatte er Beschäftigung erhalten und sollte am Montag anfangen. In der Freude, wieder Verdienst zu bekommen, war er dem ersten besten, den er auf der Straße traf, um den Hals gefallen, zufällig dem 14 Jahre alten Mädchen Susonne L. Kurt K. ist verheiratet, seine Frau arbeitet in einem großen Betrieb. Sie und auch sein neuer Arbeitgeber wurden von der Polizei gefaßt und bestätigen die Angaben des jungen Menschen im vollen Umfang.“

Herr Vämmermann runzelte die Stirn, motivierte sich darüber, daß in dem Polizeibericht der Warschauer Platz als Straße bezeichnet wurde, und war unglücklich darüber, daß der Kurt Kreh kein Verbrecher war. Sehr freute ihn die ganze Geschichte nicht mehr.

Gewitter auf dem Lande.

Bertha Luz war mit fünfundvierzig Jahren schon Großmutter und hatte dabei ein Herz wie eine Zwanzigjährige. Ihr Mann, Ludwig Luz, war siebzehn Jahre älter und bedeutend ausgefällter. Er war Schuhmacher. Die silberne Hochzeit stand vor der Tür, wie man so schön sagt. Beinahe wäre sie überhaupt nur vor der Türe geblieben. Und das kam so:

In die Großmutter Luz verliebte sich der Landwirt Paul Jenker. Die Neubeute trafen sich ob und zu in einer Scheune. Und als sie wieder einmal zusammen waren und ihren Gefühlen wahrscheinlich keinen Zwang antraten, zog ein Gewitter hoch, und so ein frecher Bliz schlug in die Scheune ein. Er zündete auch, der Bliz, und als vom nahen Dorfe die ersten Rettungsmannschaften anrückten, da haben sie, von feuriger Liebe vertört, eben die Frau Luz mit ihrem Liebhaber, dem Herrn Jenker!

Frau Luz verließ in derselben Stunde das Dorf und zog zu ihrer Schwester nach Magdeburg. Herr Jenker aber glaubte die Schande nicht ertragen zu können und hängte sich auf. In der letzten Sekunde wurde er gefunden und abgehauen. Herr Luz war am schlimmsten daran. Er bekam einen Herzensschmerz. Aber nach vierzehn Tagen, zur Feier der silbernen Hochzeit, war alles wieder in guter Ordnung.

Herr Luz hatte verziehen.

Frau Luz war aus Magdeburg zurückgekehrt.

Herr Jenker kreuzte sich seines Lebens.

Die Scheune war auch wieder aufgebaut.

Für alle Fälle aber hatte man sie mit einem Blizableiter versehen!

D. Garrey: Bahnhofsdyll im „Arbeiterparadies“

Zum wahren Gesicht Rußlands

„Der Zug, der mich nach Stalingrad — dem Endziel meiner langfristigen Reise — brachte, kam mit einer Verspätung von zweieinhalb Stunden an. Der Zug, mit dem einige Tage später Genosse Sullimow (stellvertretender Volkstommissar für Verkehrswesen) kam, war, wie man annehmen muß, während der Fahrt von besonderen Sorgen der Eisenbahnadministration begleitet, da er nur zwei Stunden Verspätung hatte.“

Nach langem, ermüdendem Suchen stieß ich endlich auf die Kammer für Aufbewahrung des Handgepäckes. In dem unglaublich gefüllten Wartesaal dritter Klasse war es ebenso schwer, die Schlinge der Wartenden zu finden, die in die Kammer wollten, wie den Gols-

strom auf die Oberfläche des Ozeans. In dieser Schlinge stand ich zwei Stunden und zehn Minuten.

Von Zeit zu Zeit drängte sich lodernder menschlicher Fleischbrei, der von den Plattformtüren zurückgehalten wurde, nach außen, und dann stießen ihn die Kontrolleure wuschelnd zurück.

Es fiel gleich das augenscheinlich anfassige Aussehen des größten Teiles der Bevölkerung des Wartesaals auf. Hier haben die Plattformlosen — Bauern, Landarbeiter, Saisonarbeiter, Tagelöhner um — für lange Zeit „ihre Zelle“ aufgeschlagen. Sehr viele — mit Familien. Die Luft war schwül, beklemmende Ausdünstungen schwebten über den dicht zusammengedrängten Mattenbündeln und armeneligen Köpfchen. Auf und zwischen ihnen saßen und lagen, schliefen und wachten, rauchten und „ahen Mittag“ — schon lange ungewaschene Menschen. Auf dem bespudeten Fußboden krochen Kinder herum. Alles war besetzt — sogar die dunklen Winkel unter den Treppen.

Die Klassen verkaufen mehr Fahrkarten, als die Züge Plätze zur Verfügung haben. Darum ist das Einsteigen in unnummerierte Wagen augenscheinlich mit Todesgefahr verbunden. Es hört auch nur auf, wenn die Eingangstüren mit einem Korke aus menschlichen Leibern fest verstopft sind. Die, die von der Plattform heruntergeworfen oder einfach nicht hereingelassen sind, kehren auf die eingeflossenen Plätze zurück in den Wartesaal.

Aber es gibt „Reisende“, die nirgends hinfahren. Das sind — „Kotowje“, heimtöle Händler (kaltes Wolgamoser, Rotaugen, Zigaretten — „die schwarze Börse“), Arme und unerbesserliche Prostituierte, verwahrloste Kinder, verkrüppelte Wolgalostentträger mit ihren „Schwighern“, überhaupt — der ganze Stadtjagel. In Stalingrad gibt es keine Uebernachtungsmöglichkeiten, und so hat sich der Bahnhof in eine abschleuliche Grube verwandelt. Im ungeheuerlichen Fieberhust aus Lumpen, die einfach aus den Leibern herauswachsen, gleich phantastischen Bögen, lassen sich diese Leute in den Sälen und wo es ihnen so einfällt — häuslich nieder. Am Abend liegen auf den Treppen, die zum Ausgang führen, und auf dem Platz Betrunkene durcheinander.

Ihnen allen gibt der Bahnhof Obdach und . . . Nahrung.

Gleich nach dem Anzünden der gelben Lichter schwachleuchtender Lämpchen in dem Wartesaal sollen die Taschendiebe, Gauner und Landstreicher über die schlaftrigen Menschen her. Mal hier, mal da hört man das Schreien und Jammern der Beraubten. In manchen Nächten werden auf dem Bahnhof zehn bis zwölf Diebstähle verübt.

Die Reisenden sind traurig und mehrlos. Uebrigens kamen wir hier dazu, eine ziemlich eigenartige Art der Auswertung der „Kotowje“ kennenzulernen. Der Genosse, der zu diesem Zwecke angestellt worden war, erkundigte sich bei dem Festgenommenen über sein Bargeld und händigte ihm nach einer gerechten Rechnung einen entsprechenden Lotteriegewinnschein von „Oswowichim“ (eine halbballistische Vereinigung) aus, monach er ihn gültig entließ.

Sch war Zeuge davon, daß ein Dieb, der bei seiner Tätigkeit erlappt wurde, unter dem eigenartigen Vorwand entlassen wurde: Man kann mit ihm sowieso nichts anfangen.

Am Morgen vor der Ankunft des Genossen Sullimow bekam der Bahnhof ein fast anständiges Aussehen. Es wachte von der Feuchtigkeit der frisch gemaschenen Fußböden. Von den sauber abgeschrubberten Treppen verschwand irgendwohin das „Kotowje“. Der Dienstwagen, der an einem auffälligen Platte stand, war mit einem festlichen Plakat geschmückt. „Durch den sozialistischen Wettbewerb — zur Hebung der Arbeiterleistung.“

Mein Genosse war beruhigt, und ich stellte meine Zweifel einem Inspektor des Volkstommissariats für Verkehrswesen, der einen Tag vor dem Genossen Sullimow angestommen war, mit. Der Inspektor schwanzte in seinem gesten Schmerzhaft.

„So war's auch früher. Nur schrubbert man jetzt schlechter.“ Nach der Abfahrt des Genossen Sullimow wurde das Plakat heruntergenommen.

Erna Biljing: Kasper, der Lebensretter

Kasper hieß der Bärwe berelits, als er, ein noch unbeholfenes Jungtier, auf einem Dampfer in die weite Welt und die große Ungewissheit hineinfuhr. Doch ein Tier ist bekanntlich vom Schicksal gütiger bedacht als der Mensch; ein Tier bekümmern nie Sorgen um die Zukunft. Und Kasper füllte auf seine Weise die Tage aus. Er spielte mit seinen dicken Pfoten, horchte auf jedes Geräusch, erschnüffelte jeden Duft und nahm aufmerksamsten Auges Menschen und ihre Bewegungen wahr. Er verarbeitete alle diese Eindrücke. Angestrengtestes Ueberlegen wechselte mit Gleichgültigkeit in seinem Gesicht und die Farbe seiner Augen spielte vom starren Grau bis zum durchsichtigen Bernsteinengelb.

Als er in der großen, verwirrenden Hafenstadt Hamburg ankam, war er ein aufgeweckter Bursche. Halb erwachendes Tier, das weiß, „der Mensch ist unser Herr, denn er ist das furchtbarste und größte aller Raubtiere“ und halb Jungtier mit seinem Bedürfnis nach Wärme und Anschmiegentönen und der Hoffnung auf Bewohnwerden.

Kasper bekam den Raubtierdompteur Peters als Lehrherrn. Der ging zu Kasper in den Käfig, setzte sich zu dem jungen Löwen, nahm seinen Kopf in seinen Schoß und sprach mit Kasper. Er fütterte ihn, er spielte mit ihm und bald waren sie nicht nur Vertraute, nein, sie waren beste Freunde. Kasper wartete gleich gierig auf Futter, Angesprochenwerden und auf die restlos ausgeübte Spielzeit. Bei diesem Spielen wurde Kasper dreifert, lernte Kunststücke und wußte es gar nicht. Eine Peitsche hat Kasper nie kennengelernt; denn die Dressur war für ihn eitel Spielerei, sie war eine Vertreibung der Langeweile und das Reifenspringen eine gymnastische Übung.

Bald arbeitete Kasper in einer großen Gruppe. Sein Herr konnte sich unbedingt auf ihn verlassen, er war der intelligenteste Bursche und der beste und sicherste Arbeiter. Doch war Kasper klein von Figur und hatte, was sein Herr sehr bedauerte, fast gar keine Wähne. Der Löwe wächst sich immer erst in seine Schönheit hinein und wenn er groß und prächtig ist, und seine Wähne ihn als wackeres Panzerhemd umgibt, dann ist er leider meistens schon böse geworden und für Dressurzwecke nicht mehr zu gebrauchen. Doch Kasper wurde älter, ohne daß seine Wähne stärker wurde. Er blieb spärlich behaart und das Publikum hielt ihn immer für ein Weisches.

Kasper hatte eine Charaktereigenschaft, die man sonst bei Löwen nicht allzu oft antrifft, er war von rührender Anhänglichkeit. Kasper hatte seinen Platz mit den Menschen gemacht. Er wurde der Löwe mit Familienanschluß. Peters nahm ihn mit in die Gärderode, Peters nahm ihn mit an den Artistenstammisch. Das war gewagt und dennoch berechtigt.

Ein Löwe heißt zuweilen, da ihm das plötzlich und unerwartet Spoh macht. Wie hat Kasper sich dertartiges zuschulden kommen lassen. Im Gegenteil, er hat einmal überlegt Vorteil genommen gegen seine Artgenossen und ist daher die berühmte Ausnahme von der Regel geworden. Wögen Löwen nämlich noch so treu erscheinen,

benutzt verteidigen sie ihren Herrn nicht. Sie nehmen wohl — in erwachender Kauflust — Teil an einer Beize, was dann einem geschickten Dompteur die Gelegenheit gibt, sich aus böser Situation zu erretten. Aber als Verteidiger seines Herrn, direkt zum Angriff überzugehen, das hat, außer Kasper, nachweisbar noch kein Löwe getan.

Peters trat mit seiner Löwengruppe in Berlin im Zirkus Busch auf. Die Löwen waren in der Kunst, unverträglich untereinander, eifersüchtig auf ihren Herrn, toll und behäufig. Sie fielen übereinander her und als ihr Herr sie trennen wollte, wurde er von dem Löwen Leo auf das schwerste gebissen. Leo hatte eine Schulterhöhe von 1,27 Meter, er war fast so groß wie ein Doppelponie. Und auf diesen Löwen sprang der schwache Kasper. Er, der dem großen sonst instinktiv immer aus dem Wege gegangen war, Kasper, der sich überhaupt nur unter Herrschens Schutz in Leos Nähe traute. Kasper hing sich an Leo, bis sich fest und dem Angegriffenen blieb nichts anderes übrig, als den Kasper abzuschütten. Die anderen Löwen waren untereinander in eine Kauferei geraten, aber Kasper kümmerte sich um nichts, er biß seinen Herrn frei. Obwohl er dessen Blut witterte, wachte das Raubtier nicht in ihm auf.

Peters hatte sechzehn Löwen im Arm. Der Dompteur wäre zerfleischt worden, wenn Kasper nicht gewesen wäre.

Nach schwereriger Operation und langem, langem Krankenlager konnte Peters seine Löwen endlich wiedersehen. Kasper freute sich sichtbar. Die Freundschaft zwischen Lehrer und Schüler war noch inniger geworden. Obwohl Kasper inzwischen sieben Jahre alt wurde und langsam in das für Löwen gefährliche Alter kam, änderte er sein Benehmen Peters gegenüber nicht. Freilich sauchte Kasper dann und wann den Tierpfleger unfreundlich an und gab ihm deutlich zu verstehen: „Ich bin heute nicht zu sprechen, ich will meine Ruhe haben.“

Plötzlich wurde Kasper krank. Er fieberte und lag abwechselnd aufgeregter oder teilnahmslos in seinem Stroh, das man schleunigst in den Wagen gelegt hatte. Peters besuchte seinen Kasper oft, blieb Nächte hindurch bei ihm wach, streichelte ihn, tröstete ihn und durchkostete die große Tragik, die in jeder Freundschaft zwischen Mensch und Tier liegt. In den dringlichsten Fällen können wir uns nicht verständigen. Kasper starb, trotz aller Pflege.

Der Dompteur untersuchte den toten Löwen ganz genau und da erdeckte er auf einmal ein winziges Loch in einer Pfote. Das war des Käfels Lösung. Kasper hatte sich einen Fremdkörper in den Fuß eingetreten und war an Blutvergiftung zugrunde gegangen.

Alle Menschen, die Kasper gekannt hatten, fühlten sich seelisch bedrückt. Das Tier hatte einst gegen seine Natur gehandelt, war zum Verräter an seinen Artgenossen geworden und hatte einem Menschen das Leben gerettet. Die Menschen aber konnten, trotz aller Anstrengung, nicht einmal die Ursache der Krankheit entdecken, der bei rechtzeitigem Erkennen vielleicht noch hätte Einhalt geboten werden können.

Zwischenbemerkung zum Preiskampf

Der Druck auf die Kleinhändler. — Tatsachen und falsche Fronten.

Die Bemühungen um den Abbau der Preisse richteten sich bisher zum größten Teil auf den Einzelhandel. Zum Einzelhandel gehört neben den Warenhäusern, den Genossenschafts-Verkaufsgeschäften, den Lebensmittelgroßhandlungen mit Filialläden usw. in erster Linie der Kleinhandel. Es ist selbstverständlich, daß der Käufer dort am meisten kritisiert, wo er kauft. Eine gegenseitige Verbitterung zwischen der Masse der Käufer, in erster Linie der Arbeiter und Angestellten einerseits und der Masse der Kleinhändler andererseits ist jedoch wirtschaftlich oft weniger begründet als es scheint und politisch oft nutzlos. Es scheint uns deshalb Zeit für einige Überlegungen, die dieser

unnötigen Verbitterung entgegenwirken können, ohne dem Ziele der Preisentung Abbruch zu tun.

Der Kleinhändler verfügt wie der kleine Handwerker und der kleine Bauer über nur wenig umfangreiche eigene Produktionsmittel, die oft nicht einmal sein Eigentum sind, so daß er eher als Ausbeuteter, denn als Ausbeuter zu betrachten ist.

Nach der Betriebszählung von 1925 wurden in Deutschland im Handel 3 116 000 Menschen beschäftigt, davon fast die Hälfte — nämlich 1 429 000 — im Einzelhandel. Wieviel hiervon auf den eigentlichen Kleinhandel entfällt, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall sind 735 Warenhäuser mit 67 000 Beschäftigten abzuziehen. Es verbleiben 1 362 000 Beschäftigte, die in etwa 613 500 Betrieben arbeiteten. Im Durchschnitt kamen also bei dem Rest auf jeden Einzelhandelsbetrieb zwei Beschäftigte — d. h. einschließlich des Bedienungspersonals — zu. Zu den 500 000 bis 600 000 eigentlichen Kleinhandelsbetrieben sind noch hinzuzurechnen etwa 48 000 Zigarren- und Zigarettenhandlungen und 94 000 Straßenhändler und Hausierer.

Die wirtschaftliche Lage der Kleinhandelsunternehmungen

hat sich, verglichen mit der Vorkriegszeit, durch drei wesentliche Momente stark zu ihren Ungunsten verändert:

- Der Gesamtumsatz hat sich dem realen Wert nach kaum vergrößert.
- Der Wettbewerb der Großunternehmungen des Einzelhandels ist bedeutend verschärft.
- Die Zahl der Kleinhandelsunternehmungen hat sich stark vermehrt.

Ein Punkt verdient besondere Hervorhebung: Während die Großunternehmungen der Industrie, die Großbanken, der Großhandel, die Verkehrsunternehmen usw. ihre Betriebe rationalisiert haben und durch Unterlassung der Warenperbilligung Arbeitskräfte zu Hunderttausenden freigesetzt, ist eine ähnliche Rationalisierung beim einzelnen Kleinhandelsbetrieb, wo fast nur die lebendige Arbeitskraft und keine Maschinen vorhanden sind, so gut wie unmöglich. Im Gegenteil: ein großer Teil der entlassenen Angestellten, Beamten und zum Teil auch Arbeiter hat sich auf den Einzelhandel, den Straßenhandel, den Hausierhandel gestürzt, um wenigstens noch irgendeine Existenz zu finden. Die Entlassung der Erspartnisse des Mittelstandes, die vielfach geringen Renten und Pensionen wirkten in der gleichen Richtung. Die eingetretene Ueberverlegung des Kleinhandels bildet so teilweise die Rehrseite der industriellen Rationalisierung. Als weitere Belastung treten größere Steuerlasten und die all unvernünftig erhöhten und vom Weiterverkauf freigelegenen Kosten hinzu. Die Folge der je Einzelhändler verringerten Umsätze und dieser Mehrbelastung ist ein verringertes Gewinn. Vieles reicht in der Tat der aus dem Kleinhandel gezogene Gewinn heute schon nicht mehr zur Bestreitung der Familienexistenz aus. Für den Arbeiter hat es keinen Zweck, vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen: der kleine Händler — von den wenigen bessergestellten Kategorien abgesehen — ringt um seine Existenz, und diese Tatsache, nicht der schlechte Wille, ist es, was in erster Linie heute den Preisabbau beim Kleinhandel hemmt.

Dazu kommt die besondere Art der Preisabbau-politik der Brüning-Regierung, die stark ist in der Richtung der Schwachen, und schwach in der Richtung der Starcken: vom Zinsabbau der Banken hat man noch nichts gehört, den Lohnabbau der Industrie schädigt auch den Kleinhandel, und die „Hilfe“ für die Landwirtschaft verleierte auch dem Kleinhandel die eigene Existenz.

Das alles läßt sich zugunsten des Kleinhandels anführen, wenn er der Preisentung mit mehr als gemischten Gefühlen gegenüber steht.

Dennoch aber wären die Käufermassen im Recht.

wenn sie etwa sagen würden: wenn der Kleinhandel in solcher Weise überflutet ist und schon aus diesem Grunde der Preisabbau in Frage gestellt wird, so müssen eben in Deutschland einige hunderttausend Kleinhandelsunternehmungen verschwinden, damit sich der Rest bei vergrößertem Umsatz mit einem kleineren Gewinn begnügen kann. Und der Kleinhandel wäre im Unrecht, wenn er, wie es geschieht, den Staat um Hilfe anruft, nach den Rezepten der Wirtschaftspartei Sondersteuern für Konsumvereine und Warenhäuser fordert und schließlich gar mit Schadenfreude die von den Nazis zum Kirren gebrauchten Warenhauscheiben begrüßt. Ebenso handelt er unrecht, wenn er in einer Krisenzeit wie der jetzigen, wo Regierung und Unternehmer durch Lohn- und Gehaltsabbau die Kaufkraft des Kleinhandels so schwer schädigen, sich dem Preisabbau für den Lebensbedarf der Massen entgegenstellt. Und er handelt weiter unrecht, wenn er in der Verteidigung der Handelskammer bei den Markenartikeln sich als Schutzgarde der Fabrikanten und des Großhandels gegen die kausenden Massen mißbrauchen läßt.

In allen diesen Dingen steht der Kleinhandel, der mit der Kaufkraft der Massen ja auf Gedeih und Verderb verbunden ist,

in einer falschen Front.

Die Unternehmer geben ja heute zu, daß sie durch Fehldispositionen bei der Kapitalanlage selbst zum großen Teil an der Krise schuld sind. Also sollte der Kleinhandel mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten darum kämpfen, daß die Industrie die Verluste aus diesen Fehldispositionen nicht in Form von Lohnabbau und hochgehaltenen Preisen auf den Arbeiter und den Kleinhandel abwälzt. Die Dinge liegen heute so, daß durch das Zusammenwirken von Arbeiterschaft und Kleinhandel die Front gegen die beim Preisabbau und bei der Uebernahme der Krisenverluste streikenden Unternehmer gefährdet werden müßte.

Das ist im Augenblick, angesichts der Willensarbeitslosigkeit, die die Arbeiterklasse politisch schwächt, in der Tat nur möglich dadurch, daß sich der Kleinhandel dem Preisabbau auch dann nicht entzieht, wenn er zunächst seinen eigenen Vorkriegsstand etwas enger schnallt. Ohne Opfer hat es noch nie einen Sieg gegeben, und die Arbeiterschaft hätte niemals etwas erreicht, wenn sie nicht zur rechten Zeit Opfer zu bringen gewußt hätte.

Der Kern aller Sorgen des Kleinhandels liegt ja gar nicht in der ungenügenden Preishöhe, sondern in ungenügenden Umsatz. Würden die Preise auf das Doppelte erhöht, so wären in 8 Tagen 80 Prozent aller Kleinhändler pleite. Auch für den Kleinhandel ist es so, daß ihn die Arbeitslosigkeit und die wachsende Kaufunfähigkeit der Massen erdrückt. Würde durch allgemeine Zinsverbilligung und Preisentung von oben die Preisentung von unten gefördert und so die Arbeitslosigkeit fühlbar verringert, so wäre auch dem Kleinhandel am besten geholfen.

Es ist also eine total verkehrte Situation und der Kleinhandel steht in einer vollständig falschen Front, wenn seine Millionen nicht mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten, sondern mit den Hausbesitzern und den Kartellherren aller Art gegen die Arbeiterschaft zusammenwirken.

Der Ruhrskandal.

Der Aufsichtsrat der RWE. nimmt das RWE-Angebot an

Wie aus Dortmund gemeldet wird, hat der Aufsichtsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen der Betriebsgemeinschaft mit der Rhein-Westfälischen Elektrizitätswerke A.-G. zugestimmt und beschloffen, das Angebot des RWE. anzunehmen.

Die überstürzte Annahme des Angebots, vor der wir gestern noch mit Nachdruck warnten, ist also doch erfolgt. Mit der Annahme des Angebots scheint es also dem bei den Verhandlungen ausschlaggebenden Oberbürgermeister Eichhoff von Dortmund auch sehr leicht zu haben. Das dürfte kein Grund für die Annahme sein, daß Herr Oberbürgermeister Eichhoff vollständig guten Glaubens und reiflos reinen Gewissens gehandelt hat.

Bei der Gründung der A.-G. und den Beschlüssen über die Kapitalerhöhung war es den Herren Krone und Fischer sehr darum zu tun, schnell beim RWE. unterzuschlüpfen. Sie sind bei diesem Versuch gescheitert. Die Eile des Oberbürgermeisters Eichhoff in der gleichen Richtung kann uns nicht gefallen. Was für auf Anstellungsvortrag tätige Direktoren noch erlaubt sein mag, geht nicht für einen Mann, der als Oberbürgermeister im öffentlichen Leben steht und der Gesamtwirtschaft in besonderen Maße verpflichtet ist.

Zweifellos hat Herr Eichhoff als Vorsitzender des Aufsichtsrats versagt. Der Gedanke liegt leider sehr nahe, daß er von der Tätigkeit der Herren Krone und Fischer schon früher Kenntnis hatte als erst in den letzten Tagen. In das Statut der A.-G. ist von neuem der Passus aufgenommen worden, und zwar wieder gegen den Protest der sozialdemokratischen Vertreter, daß die Anstellungsverhältnisse der Direktoren eine Angelegenheit des Aufsichtsrats-vorstandes allein ist. Es muß auch auffallen, daß die bisher vorgenommenen Revisionen so absolut ungenügend gewesen sein sollen. Die Hintergründe dieser sensationellen Privatisierung müssen also auch hinsichtlich der Funktion des Oberbürgermeisters Eichhoff als Aufsichtsratsvorsitzenden noch durchleuchtet werden.

Mit der Zustimmung des Aufsichtsrats zu dem Vertrag tritt der Zustand ein, daß die RWE. formell selbstständig bleiben. Das geschieht, obwohl die Einnahmen der RWE. als RWE. stehen werden, offenbar zu dem Zweck, die Steuervorteile der nur juristisch öffentlich bleibenden RWE. ausreicht zu erhalten. Praktisch liegt natürlich, wenn die Betriebsführung beim RWE. erfolgt und die Einnahmen an diese fließen, eine Vermischung vor. Wenn es auch noch fraglich erscheint, ob die Quasi-Selbstständigkeit der RWE. steuerlich durchzuhalten ist, so muß doch das Ziel verfolgt werden, den kommunalen Einfluß entsprechend dem Wachstum des RWE. in der RWE.-Verwaltung auch vollständig zum Ausdruck zu bringen. Die Wahrnehmung der RWE.-Interessen etwa durch Herrn Oberbürgermeister Eichhoff kann absolut nicht genügen.

Großwerft in der Krise.

Blohm & Voß AG. hält seine Dividende.

Als erste Großwerft veröffentlicht jetzt die Blohm u. Voß A.-G. in Hamburg ihren Abschluß für das Geschäftsjahr 1929/30. Die günstigen Abschlußergebnisse wie auch die noch vorhandenen Auftragsbestände bei diesem Unternehmen zeigen, daß die führenden Hamburger Werften von der anhaltenden Krise im deutschen Schiffbau bisher weit weniger betroffen worden sind als die Bremer Schiffbauunternehmungen.

Der Betriebsüberschuh bei Blohm u. Voß weist sogar mit 383 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr die beträchtliche Steigerung um eine volle Million auf. Der ausgewiesene Reingewinn liegt mit 573 000 M. nur wenig über dem Ergebnis von 1929, da die Gesellschaft eine starke Herabsetzung ihrer Abschreibungen auf 1,12 gegen 0,99 Millionen Mark vorgenommen hat. Die Dividende bleibt mit 5 Proz. unverändert. Die Betriebsergebnisse bei Blohm u. Voß haben sich also trotz der im Schiffbau besonders verschärft auftretenden Krise noch ganz bedeutend verbessert. Allerdings wurde diese Entwicklung im letzten Jahre durch die Abwicklung mehrerer Großaufträge, so der Fertigstellung des Riesendampfers „Europa“ für den Norddeutschen Lloyd, den Umbau des „Columbus“ und der vier Dampfer der „Ballin-Klasse“ besonders beeinflusst. Außerdem hatte das Unternehmen im letzten Geschäftsjahr mehrere ausländische Aufträge und auch die Fertigstellung von Turbinenanlagen für die Reichsmarine beendet. Der mit diesen Arbeiten verbundene hohe Beschäftigungsgrad hat dazu geführt, daß die Belegschaft bei Blohm u. Voß im Durchschnitt des letzten Jahres mit 10 381 Mann ziemlich dicht an den Stand der letzten Vorkriegsjahre herankam. Nach der Abwicklung dieser großen Aufträge setzte dann allerdings ein scharfer Abbau bei der Belegschaft ein, die sich bis zum Juni, dem Schluß des Geschäftsjahres, auf 7676 Mann verringerte.

Infolge der Erledigung der Großbauten hat sich auch der Bilanzposten „In Arbeit befindliche Schiffe“ von 60,5 auf 41,6 Millionen erheblich verringert, jedoch muß dieser Auftragsbestand von über 40 Millionen im Hinblick auf den herrschenden Arbeitsmangel im Schiffbau als verhältnismäßig sehr gut bezeichnet werden.

Dividendensenkung bei Stollwerck.

Die Gebrüder Stollwerck A.-G. in Köln weist für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1929/30 einen Reingewinn von rund 800 000 Mark gegen 1,52 Millionen Mark im Vorjahre aus. Die Dividende wird von 9 auf 5 Proz. herabgesetzt.

Da das Unternehmen im letzten Jahre noch verhältnismäßig gut beschäftigt war, dürfte die Dividendensenkung kaum auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sein, sondern eher mit den Aufkäufen der Reichardt-Werke in Wandsbek und der Schokoladenfabrik Gaedde zusammenhängen. Diese beiden Unternehmungen hat die Stollwerck-Gruppe im Sommer dieses Jahres von dem Margarinetrust erworben. Wenn auch sicher ist, daß der größte Teil der aus Amerika erhaltenen Freigabegelder, die Stollwerck sich im vergangenen Jahr reserviert hatte, für den Ankauf eingesetzt wurde, so dürften doch noch größere Beträge aus laufenden Betriebsergebnissen hierfür in Anspruch genommen sein. Die sehr schmelzige Stollwerck-Verwaltung wird wahrscheinlich auf der Generalversammlung über diese Frage ihren Aktionären Rede und Antwort stehen müssen.

Skandale um die Osthilfe.

Preisabbaufragen im Hauptausschuß des Landtages.

Bei Beratung der sozialdemokratischen großen Anträge und des Antrags betreffend Rißbrände bei der Ostpreußenhilfe versuchten die Abg. v. Plehwe (DnL) und Graf Ranitz (DVP.) die vom Genossen Weidemann im Landtag vorgebrachten Ziffern über die ungeheure Bevorzugung des Großgrundbesitzes und die vielfach betrügerischen Lagen mit den daraus resultierenden Millionenverlusten dadurch zu entkräften, daß sie sich auf Angaben des Landeshaupmanns und der Ostpreußischen Landschaft bezogen.

Staatssekretär Krüger betonte demgegenüber, daß nach Kenntnis der Regierung die Darstellungen des Abg. Weidemann und die von Staatskommissar Rönneburg öffentlich genannten Zahlen zutreffend sind. Genosse Weidemann erweiterte die Reihe der

Beispiele skandalöser Umschuldungen

u. a. durch den Fall von Auer-Goldschmiede. Dieser frühere Majoratsbesitzer verlor auf dem Papier für eine Million Holz, kaufte für 2 Millionen Wald von dem Grafen von Voß-Dölzig, ja sogar eine Gewehrfabrik von dem Magistrat Danzig. Für diese Geschäfte gelobte er Kreuzfelder von 1 150 000 M. Um diesen Verpflichtungen zu entgehen, ließ er hinter 227 000 M. eine Grundschuld von 200 000 M. zugunsten des Stammhalters eintragen. Er erhielt darauf aus der Ostpreußenhilfe 130 774 M.! Ein wahrhaft sonderbarer Vorkauf!

Wie wenig vertrauenerweckend Angaben der Ostpreußischen Landschaft sind, zeigen die Praktiken des von Herrn von Hippel geleiteten Instituts. Aus dem Goldkontofidelen, die dem Bedarf des ostpreußischen Grundbesitzes längst nicht genügt, nahm Herr von Hippel selbst einen billigen Kredit, um angeblich 24 000 M. Schulden bei der Landschaft und 30 000 M. bei seiner Frau (!) abzuschließen und erwarb dann das Gut Biskau.

Der Generallandschaftsrat und Landesökonomierat Roschitzkeinen erhielt 90 000 M. aus dem Goldkontofidelen, um eine Erbhypothek seines Sohnes abzuschließen, nämlich jedoch diese Summe zu 10 Proz. auf 1/2 Jahre mehren.

(„Königsberger Volkszeitung“ Nr. 276.) Diese unglaubliche Rißwirtschaft macht dringend das energische Eingreifen der staatlichen Aufsichtsbehörde notwendig.

Der Ausschuß beschloß, eingehendes Zahlenmaterial von der Staatsregierung zu fordern. Ein Antrag der Deutschnationalen auf ausschließliche Verteilung der Staatsmittel zur Förderung der Landwirtschaft durch die Landwirtschaftskammern lehnte der Ausschuß ab.

Preisabbau und Preispannen.

Handelsminister Schreiber erklärte, daß ein Preisabbau auf allen Gebieten nur Theorie sei. Immerhin sei eine Senkung der Preise in „beschränkter Ausmaße“ erfolgt. Der Gesamtlebenshaltungsindeks sei von 154,4 auf 143,5 Proz. seit dem Vorjahre gefallen, der Ernährungsindeks sogar von 155,7 auf 137,5 Proz.

Genosse Peters-Hochdorn wandte sich temperamental gegen das Grundübel der Preisbindung durch die Kartellwirtschaft, aber auch in den Anmungen. Die Preisbindung der monopolisierten Wirtschaft muß verschwinden! Der Landwirt Keller (Christl.-nat. Bauernp.) sah sich gezwungen, eine Attacke gegen die hohen Mehler- und Bäckerpreise im Verhältnis zu den Erzeugerpreisen zu reiten.

Die Stellung der Sozialdemokratie legte Genosse Binzer dar: Wir unterstützen den Preisabbau, wenden uns aber entschieden dagegen, daß er Vorwand für Lohnabbau und Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft wird. Die Widerstände gegen den Preisabbau finden sich bei allen bürgerlichen Parteien. Unerhört ist es, daß die Deutschnationalen im Reichstag durch einen Antrag die Preisbindung für Markenartikel aufrechterhalten wollen.

Der Ausschuß nahm darauf den Antrag Düstergässler an, die Staatsregierung zu ersuchen, Klärung über die Preispannen zwischen landwirtschaftlichem Erzeuger- und Kleinhandelspreis zu schaffen und den Abbau dieser Preispannen zu betreiben.

